

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden.
Gesammt-Nummer 25 241
Für die Nachdruckspreise: 2001.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise

In Dresden und Vororten bei täglich gewöhnlicher Abtragung über durch die Post
bei täglich zweimaligem Verkauf monatlich 14.— M., vierfachlich 42.— M.
Die einzigezeit 31 von Kreis-Zelle 4.— M. Bei Familienabrechnung, Anzeigen unter
Städten u. Wohnungsmarkt, Spaltung u. Verkauf 25.— M. Bezugsspreche best
Zahl. Auswärts Anzeige gegen Voranzeigung. Einzelnummer 70.— M.

Schriftleitung und Kaufhausdirektion:
Worlestraße 38/40.
Druck u. Verlag von Veppl & Reichardt in Dresden.
Postleitzahl-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit beschränkter Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) gestattet. — Unveröffentlichte Werbung nicht aufgenommen.

Café Hülfer
Konditorei
Prager Straße, Ecke Sidonienstraße.

Bergmanns Zahnpasta
Rosodont
Im Gebrauch die Billigste
Überall erhältlich

Verleih-Magazin für Möbel, Porzellan, Gläser,
silberne Bestecke, Tisch-
wäsche, Tafeln u. Stühle usw.
Andreas Wold. Gottschalch

Tel. 21486 — Prager Straße 19 — Tel. 13032
Verkauf von Korb-, Klub- u. Dienstmöbeln — Ein- u. Verkauf von modernen u. antiken Möbeln

Die Erweiterung der Sachleistungen.

Abkommen mit sämtlichen Ländern?

(Eigner Druckbericht der „Dresden. Nachrichten“)
Berlin, 21. Febr. Es entspricht nicht den Tatsachen, wenn in der Presse behauptet wird, daß bereits ein Entwurf für die deutschen Sachleistungen an die Ententeländer fertiggestellt sei. Wir erfahren außerst, daß momentan in der Regierung Verhandlungen über diese Frage stattfinden. Auch heute finden Verhandlungen statt, die sich mit den deutschen Sachleistungen beschäftigen. Wie wir zuverlässig unterrichtet werden, drabschlägt die deutsche Regierung sämtlichen Wünschen, denen sie Reparationszahlungen leisten muß, in nächster Zeit Vorschläge über die Art der Sachleistungen zu machen, wie sie Deutschland zu leisten vermag. In der Hauptrede werden sich diese Vorschläge an die Vorschläge anschließen, die Dr. Rathenau in Cannes unterbreitet hat. Da Deutschlands Zahlungsfähigkeit immer deutlicher wird, will die deutsche Regierung dahin wirken, daß sie mit sämtlichen Ländern, denen sie Zahlungen zu leisten hat, Abkommen über Sachleistungen trifft, die Deutschland von der Zahlung von Goldmark entheben sollen.

Wachsende Ansprüche nach Sachleistungen.

(Nachrichten aus der Berliner Wirtschaftsleitung)
Berlin, 21. Febr. Im Haushaltshaushalt des Reichs-
tags wurde heute der Haushalt des Reichsministeriums für
Wiederaufbau weiterberaten. Staatssekretär Dr. Müller
gab dabei einen Überblick über die

Entwicklung der Wiederaufbaufrage.

Völliger werde von Deutschland immer noch lediglich auf Grund der sogenannten Ansprüchesliste geleistet, die nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages Deutschland übergeben würden. Es seien bisher auf Grund dieser Listen von Deutschland Lieferungen für 18 Milliarden Papiermark angeboten. Angefordert seien dafür von der Gegenseite Lieferungen für 3 Milliarden, von denen Leistungen für 2½ Milliarden Papiermark bereits erfolgt seien. Für 2½ Milliarden Lieferungen seien noch in Erledigung begriffen. Das Wiesbadener Abkommen habe die Möglichkeit zu erheblichen Sachleistungen. Die endgültige Entscheidung der Reparationskommission steht jedoch noch aus. Hinsichtlich der bisher getätigten Sachleistungen seien zu erwähnen die an Frankreich gelieferten Holzhäuser, Ziegel, Werkzeugmaschinen, Glas, Plastersteine, Dosenmaterial für Italien, 24 000 Bienenwölker nach Frankreich und Belgien, sowie 125 000 Autoreifen aus dem Ausland. Auf Jugoslawien entfallen 1,7 Milliarde der Lieferungen, darunter 7500 Güterwagen, 300 Lokomotiven und 40 000 Püge. Die Ansprüche nehmen ständig zu. Der Reichskommissar habe jetzt einen Briefeingang von 9500 Exemplaren im Monat. Der Staatssekretär für den Reichskommissar zur Ausführung von Ausbaumaßnahmen in den zerstörten Gebieten wurde nunmehr bewilligt.

Die Reparationsfrage in der französischen Kammer.

Paris, 21. Febr. In der heutigen Kammer sitzung wurde die Debatte über die Budgetmittel für den Wiederaufbau, deren Rückerstattung Deutschland zu fallen, fortgesetzt. Abg. Barthelemy führte aus, Frankreich habe den Friedensvertrag ernst genommen, als es ihn unterschrieb. Es habe erwartet, daß es die versprochenen Reparationen erhalten werde. England dagegen habe vorausgesehen, daß Deutschland sich seinen Verpflichtungen, abzuhalten, entziehen werde. Es habe deshalb im voraus die Handelslotto und die Kolonien weggenommen. In dieser Beziehung habe sich England gezeigt, auf die Anwendung des Vertrags von Versailles zu verzichten. Frankreich habe ein Recht auf Reparationen, weil es keine Verantwortung für den Krieg (?) habe. Wenn die Deutschen Sieger gewesen wären, hätten sie sich auch nicht allein auf den guten Willen Frankreichs verlassen. Man brauche übrigens nur einige der leichten Neben des Reichskanzlers zu lesen, um unterrichtet zu sein. Er habe zugegeben, wenn man das Mögliche tue, um die Verpflichtungen zu erfüllen, so geschehe es nur, um den Zwang zu vermeiden, den die alliierten Soldaten ausüben würden. Die Franzosen sollen nicht deutscher sein als der deutsche Reichskanzler. Der Redner befürchtete allerdings die wirtschaftliche Lage Deutschlands, die blühend (?) sei. Deutschland müsse, um seine Verpflichtungen zu erfüllen, ausführen, und die Alliierten müßten die Entwicklung der deutschen Ausfuhr begünstigen ohne Rücksicht auf seine Wirtschaftslage. Er sagte, daß die Bewohner des freien Gebiete die „Voges“ (wörtlich!) nicht bei sich seien wollen, aber wenn es nötig sei, müßten sie dieses neue Opfer bringen. Abg. Tardieu rief dazwischen: Vorher muß man aber die ausländischen Devisen, die Deutschland in den Banken verschiedener Länder besitzt, nach Deutschland zurückbringen!

Godann kommt der Abg. Rontzin zu Wort, der sich über die Lage der deutschen Industrie verbreitet, und erklärt, es sei schließlich, daß, wenn es sich um die Reparationen handle, Deutschland kein anderes Ziel habe,

als die wirtschaftliche Wiederherstellung Frankreichs zu verhindern. Er wünsche Auskunft vom Ministerpräsidenten über die Liquidation der sequestrierten deutschen Güter, so wie über die Maßnahmen, die die Regierung zu ergreifen gedenkt, um Deutschland zur Zahlung anzuhalten. Es sei keine andere Politik möglich, auf Deutschland Zwang auszuüben. Politisch könne man sich damit bezahlt machen, daß man die

Ablösung des Rheinlandes vom Deutschen Reich

begünstige. Nach dem Waffenstillstand seien die Rheinländer davon überzeugt gewesen, daß man ihr Land anstreiten würde. Man müsse eine andere Politik im Rheinlande betreiben. Es handle sich nicht um Annexion, sondern um Reparation. Die Bewohner des Rheinlandes seien preußisch. Daraus müsse man Augen haben.

Der rechtspolitische Abgeordnete Abriest meint, die Reparationsschulden müssen an den Volksverbund übertragen werden. Frankreich hätte in Genua klarzumachen, daß alle an einer solchen Lösung Interesse bestehen. Die Weiterbearbeitung des Budgets wird sodann auf Donnerstag vertagt. (W. L. B.)

Englands Forderungen zu den deutschen Zahlungen.

(Eigner Druckbericht der „Dresden. Nachrichten“)
Paris, 21. Febr. Über den Inhalt der letzten englischen Note an Frankreich stand in „Journal“ mitteilen zu können. England forderte für die Behandlung der deutschen Reparationsvorstellungen durch die Reparationskommission, daß die von Deutschland während des Jahres 1921 bereits gezahlte Milliarde und die von Deutschland während des Jahres 1922 zu entrichtenden Summen zu einer Einheit verschmolzen würden, von der England 200 Milliarden für die Belastungskosten abziehen sollte. Ebensoviel sollte sich Frankreich für seine Belastungskosten abziehen, wobei allerdings der Wert der Saargruben mit 200 Millionen Mark in Berechnung gebracht werden sollte. Der Rest der deutschen Zahlungen werde auf die volkswirtschaftliche Priorität entfallen. Das Abkommen von Wiesbaden sollte gebilligt werden, jedoch unter dem Vorbehalt, daß keine fünfjährige, sondern nur eine dreijährige Laufzeit in Frage komme.

Die deutschen Zahlungen deden nicht die Belastungskosten.

London, 21. Febr. Im Unterhause teilte heute Sir Robert Horne mit, daß die Reparationsberäte, die England von Deutschland bis zum Schluss des laufenden Jahres erhalten habe, wahrscheinlich nicht ostendieren, um die Kosten des britischen Belastungsbetrages zu decken. Daher würden diese vorläufig nicht auf Reparationsordnung eingetragen werden.

Nur kurzfristige Verschiebung der Konferenz von Genua.

(Eigner Druckbericht der „Dresden. Nachrichten“)
London, 21. Febr. Im Anwaltigen Amt wurde erklärt, daß die englische Regierung der Verschiebung der Generalkonferenz nur mit großem Widerwillen zugestimmt habe, weil die Vorberedungen wegen der Ministrerkrise in Rom nicht rechtzeitig beendet werden könnten. Die Londoner Regierung werde aber mit aller Entschiedenheit darauf dringen, daß die Reparationen nur kurzfristig ist, und hat in diesem Sinne bereits die übrigen an Konferenz eingeladenen Regierungen bestimmt.

Keine Aufhebung, sondern nur Verschiebung

Die Nachricht des W. L. B., daß die französische Regierung eine „Aufhebung“ der Konferenz von Genua beantragt habe — eine Aktion, die wir ohne weiteres als unglaublich bezeichnen —, wird nun auch von Wolfs Bureau richtiggestellt: In der letzten Zeile muss es richtig heißen: „Auszchiebung“ (anstatt Aufhebung) der Konferenz von Genua.

Frankreichs Verzögerung der Sachverständigenkonferenz.

(Eigner Druckbericht der „Dresden. Nachrichten“)
Paris, 21. Febr. Der englische Botschafter in Paris Lord Hardinge wurde gestern von Poincaré empfangen. Nach dem Echo de Paris bezog sich die Unterhaltung auf die Zusammenkunft der Sachverständigen in London. Poincaré habe dem englischen Botschafter keinen Zweifel darüber gelassen, daß er seine Haltung in dieser Angelegenheit nicht geändert habe. Er glaube nicht, daß eine Zusammenkunft der Sachverständigen möglich Arbeit bringen könnte, bevor sich die französischen Sachverständigen untereinander nicht einig seien, weil es dann ein Einvernehmen zwischen den alliierten Sachverständigen erzielt werden könnte. Außerdem aber müßte vor das politische Einvernehmen zwischen der englischen und französischen Regierung vollständig hergestellt sein, bevor man an die Beratungen der Sachverständigen denken könne.

Dr. Beneš in Paris.

Paris, 21. Febr. Der tschechoslowakische Ministerpräsident Dr. Beneš hat London heute vormittag verlassen, um sich nach Rom zu begeben. Er ist nachmittags in Paris eingetroffen. (W. L. B.)

Was wird aus dem landwirtschaftlichen Hilfswerk?

Zu allem ironischen Unwillen scheint die neuzeitliche eigene Eisenbahnverkehr, durch Erhöhung der Transportkosten der Brot- und Fleischpreise, hervorgerufene ungewöhnliche Tendenzswelle noch einen weit stärkeren Anteil dadurch zu erhalten, daß sich das rollende Rad der Politikverfolgung in neuen unberechenbaren Pausen setzt. Noch am 10. d. M. stand der Tofas auf 100%, und am Dienstag hat er den Wert von 220 Mark erreicht. Tunel sind die Fleischkästen, die das Volksrad nach langer wohinlangender Stillstand wieder in Bewegung brachten, zumal über die Reparationslasten noch nichts entschieden ist und der Inhalt des neuen Tofas sich noch nicht mal in ungefähr Umrisse abzeichnet.elleicht kann man die jetzt nicht mehr zu unterschätzende Bedeutung der Waffenkonferenz vorantreibende machen, in späterem Maße wird aber wohl der neue Waffenkrieg ein, auch den übrigen Entwicklungen gegenüber den verhängnisvollen Weg von Wiesbaden zu beschreiten, wodurch Deutschland so gut wie völlig vom Weltmarkt vertrieben und die Initiative neu definiert werden müsse. Nicht zuletzt werden als Grund für die neue Entwicklung Tiefenkünste des Getreidehandels und der Lebensmittelbeschaffung ausgedehnt. Und diese Tiefakte muss das deutsche Volk wieder einprägen auf den großen Hintergrund der Landwirtschaft hinzuwenden, den das Kornfeld der eben zu Ende gegangenen arbeitsintensiven landwirtschaftlichen Woche und der importierten Fleischlandbundierung in Hannover gebildet hat. Dagegen nicht nur durch die überaus zahlreiche Verteilung aller landwirtschaftlichen Organisationen, sondern in weit höherer Weise durch die zumindest Kundgebung nationalen Willens und volkstümlichen Opferzumes, wie er in dem erhabenden Verlauf des Reichstagabandes in Hannover seiner flammenden Ausdruck gefunden hat. Ein Zweck, das die deutsche Panzerarmee, die deutsche Landwirtschaft überhaupt ist in ihrem Kern aktuell geblieben, hat sich trotz aller revolutionären Einschüttungen nichts von dem geäußerten nationalen Sinn rauben lassen. Und das einmütige Bekennen zu dem von der Landwirtschaft selbst angeschlagenen arbeitsintensiven Hilfswerk für das deutsche Volk für das Vaterland, ist einer der wenigen Rückblicke, die uns in dieser trüben Zeit veräumen.

Was das landwirtschaftliche Hilfswerk will, ist nichts anderes, als die deutschen Bodenerträge so ergiebig zu gestalten, daß unser Volk aus den Erzeugnissen der eigenen Scholle ernährt werden, daß die ungewöhnliche Lebensmittelversorgung aus dem Auslande völlig unterbleiben kann. Ein gewaltiges Werk, wenn man bedenkt, daß unsere Nahrungsmittelversorgung mit 2½ Milliarden Goldmark in der deutschen Einheitsstaatlichkeit an erster Stelle steht und die deutsche Handelsbilanz etwa um diesen Betrag passiv ist. Eine Beteiligung des Nahrungsmittelbedarfs aus dem Auslande würde darum einen Mittelpunkt zur Erfüllung unserer Handelsbilanz bedeuten. Gewiss ist es keine Kleinigkeit, den heimischen Boden für 2 bis 2½ Milliarden Goldmark mehr landwirtschaftliche Erzeugnisse abzuringen, eine Unmöglichkeit ist es nicht. Das haben anerkannte Landwirtschaftslehrer wie die Professoren Steinberg und Aerobe, das haben vor allen Dingen auch die bedeutendsten Politiker der Landwirtschaft ausgegeben und äußerst nachgewiesen. Die Landwirtschaft hat sich sogar dazu erboten, die gewaltigen Mittel von 20 Milliarden Mark hierzu selbst anzubringen, sie hat nur gefordert, daß sie in diesem Werk nicht gestört wird. Man sollte meinen, daß ein gewölkiger Plan nicht nur die weltweitgehende Förderung durch alle Wirtschaftsräte, sondern vor allem auch durch die Regierung erfahren müsse, aber wir sind heute schon soweit, daß auch die beste nationale Tat aus Parteidienst und Verbörderheit vernünftig wird und der Landwirtschaft, wo es geht, Anspur anzuheben die Beine geworfen werden. Dabei hat der große Plan natürlich schon in den landwirtschaftlichen Kreisen selbst genügend Widerstände zu überwinden. Mehr als in irgend einem andern Beruf hängt der Landmann am Althergebrachten, größer als anderswo sind bei ihm die Widerstände gegen technische Neuerungen, ohne die es natürlich nicht geht. Die durch den Leutemangel im Kriege und noch vielmehr durch die Zwanadwirtschaft hervorgerufene Extremisierung der meisten landwirtschaftlichen Betriebe muß einer starken Intensivierung weichen. Dazu bedarf es einer umfassenden landwirtschaftlichen Ausbildung, Arbeit über künstliche Düngung und rationelle Bodenbearbeitung, dazu bedarf es eines viel geschlosseneren Aufbaus der landwirtschaftlichen Kleinverbände, eines gewissenhaften Bezuges von Düngemitteln und landwirtschaftlichen Maschinen, der noch in seinen Anfängen steht. Dazu bedarf es schließlich von allen Türen des Anreizes zur Produktion durch völlig freie Wirtschaft und angemessene Preise. Der Landmann darf nicht in seiner durch die Zwangs-wirtschaft mit ihrer Extremisierung der Wirtschaft großgezogenen Ansicht bestärkt werden, daß eine Abdäufung verhältnismäßig reicher Geldmittel ratsam ist, sondern er muß wissen, daß es die beste Anlage für sein Kapital ist, es wieder-

in seine Wirtschaft zu stecken und durch Erhöhung der Produktion höhere Erträge zu erzielen. Ohne die völlige Aufhebung der Zwangswirtschaft ist das aber nicht möglich.

Wie leicht hat der Vorstand des Reichslandbundes Dr. Stoeckle, vor auch der Bund selbst in einer Erörterung darauf hingewiesen, dass heute schon der Preis des marktreifen Brotes dem des Markenbrotes unähnlich giebt, so es es also nicht einzusehen ist, warum der Landwirt durch die Vereinbarungen um den Preis seiner Arbeit gebracht wird. Durch das Umlageverfahren unterliegt die Landwirtschaft einer Sonderbesteuerung, die nicht nur an sich unzureichend ist, sondern die auch von den anderen Brotstrebten durchaus nicht gewürdigt wird. Der Landwirt muss heute sein Umlagegebreite zu einem Preise abliefern, der vielleicht im Drückjahr vorigen Jahres bei einem Dollarstande von 90 die Selbstkosten bedient, der aber heute, da der Dollar auf 120 steht und die übrigen Preise sich mehr als verdoppelt haben, weit unter den Selbstkosten liegt. Er könnte im freien Handel das bis d'ache des Zwangsvertrages erzielen, zahlt also mit jedem Rentner, den er ab liefert, eine ordentlich unangenehme Steuer, die natürlich nicht davon entsteht, den Getreideanbau zu neigen, den Landmann zwinge, andere Erzeugnisse anzubauen. Von der Sozialdemokratie wird immer die Steigerung der Kartoffelpreise als Beweis für die Notwendigkeit der Zwangswirtschaft angeführt. Mag man zugeben, dass auch von manchen Kartoffelerzeugern höhere Preise verlangt werden, als angebracht ist, so ist es doch unbillig, vom Landwirt Preise zu erwarten, die im Sommer vorigen Jahres angenommen waren, die aber heute nicht mehr gelten können. Wenn ein Schneid damals für einen Anzug 1000 Mark kostete, heute über 2000 Mark, so findet sich jeder damit ab, wenn aber ein Landwirt statt des damaligen Preises von 90 Mark für den Rentner Kartoffeln keine 180 Mark fordert, so wird über Eicher gekriegt. Es ist eine einfache Forderung der Gerechtigkeit, dass man den Bauer nicht um seinen Preis seiner gewiss nicht leichten Arbeit bringt.

Zwangswirtschaft und Produktionsförderung sind gleichbedeutend nicht zu vereinbaren. Das weiß heute jedes Kind. Eine Erhöhung der Produktion aber geht es nicht, und man kann darum die in Hannover zum Ausdruck gekommene hohe Erfolgslosigkeit der Landwirtschaftlichkeit der Umfrage durch Verweigerung der Abstimmung zu widerlegen. Eine Gefahr, die sich auch wohl eine sozialistisch beeinflusste Regierung nicht verhüten wird, zumal sie für die Verarbeitung der Zwangswirtschaftsdaten ausgeschlossen ist. Die Verarbeitung der Kartoffelmarkte ist eine schwierige Sache, die sich nicht in Frankreich befindet, angesetzt. Die Volksbank habe nunmehr einige Schritte zur Freigabe dieser Summe das Kind zurück. Das Auswärtige Amt und die deutsche Volksbank in Paris erklären, für die Zurückstellung des Kindes nichts mehr tun zu können. Ein Regierungsvorsteher erklärte, das Auslieferungsverfahren sei von der deutschen Volksbank auf das energetische beziehen worden, die französische Regierung habe aber bisher den Vorschlägen keine Folge gegeben. Inzwischen habe die französische Regierung die Herausgabe aller deutscher Kinder, die sich noch in Frankreich befinden, angeordnet. Die Volksbank habe nunmehr einige Schritte zur Freigabe dieses Kindes eingerichtet. Die Reichsbewilligung wird von dem Ergebnis Mitteilung machen, sobald ein solches vorliegt.

Es folgt dann die erste Fassung des 5. Nachtragss zum Reichshaushaltspolizei. Durch diese Vorlage sollen u. a.

widerprüchliche Wirtschaftsbehilfen an Beamte, sowie sonstige Staatsbedienstete in Orten mit besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen gewährt werden.

Abg. Frau Anna (Soz.): Es wäre richtig, eine Erhöhung der Grundgehalter der mittleren und unteren Beamten vorgunzen. Der Finanzminister habe eine solche grundsätzliche Regelung bis zum 1. April zugesagt. Sollte er sein Versprechen nicht halten, so würden sich daraus erhebliche Schwierigkeiten ergeben. Die höheren Gehälter dürften unter keinen Umständen noch weiter erhöht werden. (1) Die Riedner wandte sich dann gegen die Reichsregierung wegen ihres schwachen Verhaltens in der Kartoffelfrage. — Auch Abg. Dr. Herg (U. S. P.) rügte scharfe Angriffe gegen die Regierung wegen ihres Verhaltens gegenüber dem Kartoffelschmied.

Abg. Schiele (D. N.): Ungleiche Anforderungen werden auch in dem vorliegenden Nachtragshaushalt wieder gestellt. Bei der in Aussicht genommenen Anleihe stehen wir immer wieder vor neuen Inflationsswellen.

Bei uns ist die Auslastung im Gegensatz zur französischen Revolution nicht die Ursache, sondern die Wirkung gewesen.

Die Ursache ist und bleibt der Passivsaldo unserer Zahlungsbilanz. Dieser stützt sich vor allem auf die Ressortförderungen des Auslands, aber auch auf die Schwäche unserer inneren Wirtschaft. Wir beruhen an den Symptomen unserer französischen Wirtschaftsform, aber nicht an der Ursache. Dessen kann nur Produktionssteigerung. Der Bauer und der Landwirt, darauf kommt es heute an, müssen auf eigenem Boden das Rötige zur Volksernährung schaffen. An diesem Jahre sind nur 300 000 Rentner Kartoffeln zu Brennholzszwecken verwandt worden, der übrige Spiritus wurde aus Mais hergestellt. Dadurch werden Kartoffeln für die Volksernährung freigemacht. Seit November hat man die Großküche wegen der Kälte gar nicht beliefern können. (Ruf: Unk: Und vorher?) Die geringe Belieferung vorher kommt auf das Konto der mangelhaften Waggonbeschaffung. Lebhaftes Weiß ist, dass in einem Hause

1200 Waggons Kartoffeln, die durch Frost geschädigt waren, in die Zäckfabriken wandern mussten, weil sie infolge des Abschundungssatzes nicht schnell genug befördert werden konnten.

(Herr: Herr! rechts. Ruf: Unk: Und fehl!) Dies sind die Kartoffeln noch in der Miete und können nicht sofort herankommen. Die Betriebslage sollte nur ein Übergang sein und der Reichstag hätte seinerzeit mit großer Sicherheit eine Entschließung angenommen, wonach alsbald die freie Wirtschaft einschließlich werden sollte. Der Minister stellte die Bedingung, dass entweder die Friedensverhandlung wieder erreicht oder die Einfuhr ausgetrieben. Das erste ist nicht von heute auf morgen möglich. Durch die Einfuhr ist der Bedarf bis Ende Juli gedeckt. Die Sicherungen reihen also vollkommen und die nächste Entente kann ruhig freigegeben werden. (Sehr richtig! rechts.) Alle Preise sind gefüllt, nur der Landwirt durfte nicht höhere Preise nehmen. Die Landwirtschaft hat dadurch Sicherungswise 8 bis 10 Milliarden in Ansicht. Die Umlage hat nicht dem Volle Brot geföhrt, sondern nur der Landwirtschaft eine ungeheure Steuer aufgelegt und die Bruttorente vertont. Selbst im freien Handel war das Brot billiger als nach der Umlage.

Die kommunistische Streikfeier.

Eröffnungsaufnahmen Berlins Schriftleitung.

Berlin, 21. Febr. Wie von außerordentlicher Seite mitgeteilt wird, habe sich Reichsverkehrsminister Groener zu seiner Warnung an die Eisenbahner durch eine offensichtlich kommunistischer Seite ausgehende Befreiung, die in den letzten Tagen plätschrig im ganzen Reich verbreitet worden ist, veranlaßt gesetzt. In vielen Eisenbahndirectionen seien seit Tagen in den Werkstätten und unter den Beamten Aufrufe verteilt worden, in denen zu einem neuen Streik aufgerufen wurde. Als Grund wurde angegeben, dass die Regierung ihre Versprechungen bezüglich der Wiederaufnahme nicht zu halten beabsichtige, und dass besonders die auf Rücksicht angesetzten Beamten und die Arbeiter zu vielen Tausenden ihrer Entlassung aus dem Eisenbahndienst entgegengehen müssten. Diese Flugblätter trugen keine Unterschrift, doch konnte festgestellt werden, dass durch Mittelsleute von Berlin aus eine Anzahl Druckereien Auftrag erhalten hatten, die Flugblätter in größerer Menge herauszustellen.

Die thüringische Landesregierung zum Beamtenstreik.

Weimar, 21. Febr. Auf eine Anfrage der Kommunistischen Partei des thüringischen Landtages, ob die aus Sicherheitssozialisten und Unabhängigen bestehende Landesregierung bereit sei, bei der Reichsregierung für die verfassungsmäßigen Rechte der Beamten einzutreten, antwortete der thüringische Ministerpräsident Gräßle u. a.: Aus der Reichsverfassung kann das Streikrecht der Beamten nicht ohne weiteres hergeleitet werden. Die Anerkennung des Streikrechts für die Beamten würde konsequenterweise für den Staat das Recht zur jederzeitigen Lösung des Dienstverhältnisses nach sich ziehen.

Bedrohliche Schweizerisch: Grundstücksaufkäufe in Baden.

Konstanz, 21. Febr. Längst der badische Grenze und in den Grenzorten sind seit zwei Monaten mehr als hundert Grundstücke und Gebäude in den Besitz von Schweizern übergegangen. Kaufströmte Schweizer erwerben unter Ausnutzung der Galutia fortwährend Grund und Boden der badischen Grenzorte. Edon ganze Siedlungen und kleine Dörfer sind dadurch in Schweizer Besitz übergegangen.

Ernährungsfragen im Reichstag.

Eröffnungsaufnahmen Berlins Schriftleitung

Berlin, 21. Febr. Auf der Tagesordnung stehen zu nächst Anträge. Abg. Dr. Deermann (Wahr. Volksp.) braucht folgenden Fall:

französischer Barbarei

zu Sprache: Noch immer wird die achtjährige Tochter Marcella des Arbeiters Deumann in Köln in Frankreich zurückgehalten, nachdem 1915 die Mutter und 1918 der Vater aus dem französischen Vollinneriererlager über die Schweiz ausgetauscht wurden. Im August 1914, als die reichsdeutsche Familie Deumann gezwungen wurde, 65 Kilometer weit zum Unterbringungslager zu marschieren, behielt eine ihr bekannte französische Familie das damals neun Monate alte Kind bei sich. Wehrlose Bevölkerungen der Eltern, ihr Kind zurückzuhalten, blieben erfolglos. Die französische Familie forderte plötzlich mit Unterstüzung der französischen Regierung 5000 Franken Pflegegelder und behielt bis zur Auszahlung dieser Summe das Kind zurück. Das Auswärtige Amt und die deutsche Volksbank in Paris erklärten, für die Zurückstellung des Kindes nichts mehr einzutragen zu können. Ein Regierungsvorsteher erklärte, das Auslieferungsverfahren sei von der deutschen Volksbank auf das energetische beziehen worden, die französische Regierung habe aber bisher den Vorschlägen keine Folge gegeben. Inzwischen habe die französische Regierung die Herausgabe aller deutscher Kinder, die sich noch in Frankreich befinden, angeordnet. Die Volksbank habe nunmehr einige Schritte zur Freigabe dieses Kindes eingeleitet. Die Reichsbewilligung wird von dem Ergebnis Mitteilung machen, sobald ein solches vorliegt.

Es folgt dann die erste Fassung des 5. Nachtragss zum Reichshaushaltspolizei. Durch diese Vorlage sollen u. a.

widerprüchliche Wirtschaftsbehilfen an Beamte,

Hätten wir die freie Wirtschaft, dann wären das Brat nur 5,40 Mark kosten statt 14 Mark!

(Herr, hört! rechts.) Das allein betreffende Wort heißt eben: freie Wirtschaft! (Der rechte rechts.) Bei der Befreiung der Kartoffelwirtschaft ist der Anbau um 10 bis 14 Prozent gewachsen. Dazu muss eine vernünftige Kartoffelwirtschaft kommen, also genügend Einfluss einer zentralen Stelle; aber diese kann natürlich nur ein Mann führen, der frei ist von den politischen Strömungen, in denen man heute der Landwirtschaftsminister steht. Das Reich muss aus der wirtschaftlichen Höngigkeit der Parteien befreit werden. (Beifall rechts.)

Abg. Höflein (Kom.): Die Erfüllungspolitik der sozialdemokratischen Regierung ist in den Haushalt in wachsendem Maße in den Hunger. Der Staatsrat habe in Cannes Abban der Lebensmittelzuschüsse und weitgehende Sparmaßnahmen im Staatshaushalt vorgelegt. Der Redner wunderte sich dann gegen den Reichsverwaltungsschreiber, der ein günstiges Werkzeug seiner Gewerkschaft sei. Wenn man den Betrieb machen sollte, den Abstandnahmen zu befehligen, so werde die Arbeiterschaft das ganze Bürokratenetosel zum Teufel legen.

Reichsernährungsminister Dr. Hermes:

Nach dem Stande vom 20. Februar dieses Jahres beträgt die abgelöste Getreideumlage 2250 000 Tonnen. Es sind also recht erhebliche Umlagerungen bereits erfolgt. Ich holte, das das ganze Umlagioskoll hereinkommt. Es handelt sich um eine große Leistung der deutschen Landwirtschaft, die unter schwierigen Verhältnissen durchgeführt ist. Die Ausführungen des Abgeordneten Schaefer geben mir Veranlassung, zu erklären, dass ich bezüglich des Umlageverfahrens meine persönliche Aufsicht in dahin ausgesprochen habe, dass das Umlageverfahren den ersten Schritt in die endgültige freie Wirtschaft bedeuten würde, wenn nicht besondere Verhältnisse eintreten. Als Ziel halte ich noch wie vor fest die

halbige Übergabe der völligen Bewegungsfreiheit an die Landwirtschaft.

Die braucht die Bewegungsfreiheit, wenn sie ihre große Aufgabe im Dienste der Volksernährung und der deutschen Volkswirtschaft voll erfüllen soll; aber im gegenwärtigen Augenblick, bei der völligen Ungewissheit der ganzen Wirtschaftslage und der völligen Ungewissheit der ganzen Wirtschaftslage, kann diese volle Bewegungsfreiheit jetzt noch nicht gewährt werden. Ich werde aber mit allen Kräften auf die endgültige Regelung hinwirken, damit die deutsche Landwirtschaft mehr, woran sie ist. Die Beurteilung der Frage: freie Wirtschaft oder Zwangswirtschaft ist nur noch dem Stande der Saita zu treffen. Die Vorwürfe des Abg. Herk über den angeblichen grenzenlohen Reichsregierung in der Maispolitis ist mich entschieden zuwidersetzen. Dort wo Unrichtigkeiten zu Tage getreten sein sollten, hat es sich herausgestellt, dass Maisbeauftragte in weitgehendem Maße über die Richtlinien der Reichsregierung ausgegeben waren. (Lebhaftes Hört! Hört! Neben den von der Reichsregierung erstellten erzielten Maßnahmen ist aber auch von einer Überprüfung der Getreidehandhabung der Kommissarienverbände durch Beamte der Fleischgetreideanstalt angeordnet worden. Ich muss mein Bedauern darüber aussprechen, dass eine nicht unerhebliche Zahl der mit der Ausgabe der Bezugsscheine betrauten Stellen bei der Durchführung sich nicht an die Richtlinien gehalten hat, die ihnen vorgezeichnet waren, und die ihnen übertragenen Arbeit nicht mit der Gewissenhaftigkeit ausgeführt hat, die nötig war. Im Zusammenhang damit steht auch der Vorwurf, dass die Miete von insgesamt 4,7 Milliarden Mark an und für sich zu beanspruchen seien und dass die Käufe zu schleppend vorgenommen würden, dass diese veripazierten Käufe ferner vermutlich allzu hohe Ausgaben verursacht hätten.

Durch die Maisstärke durfte die schon durch die Lebensmittelanforderungen stark beeinflusste Erntelage nicht noch weiter verschärft werden. Besonders schwierig gestaltete sich aber die Bereinhaltung des Mais, als durch das Londoner Ultimatum die Belastung der am 1. August fälligen Rissiade notwendig wurde. Das war nur möglich, wenn an Stelle der Getreies und Maisstärke durch Export eine mögliche große Anleihe trat. Diese belief sich 25 Millionen Gulden. Die Gewartung, dass die Erntelage später günstiger sein würde, hat sich leider nicht erfüllt. Die Abdeckung des Kredits fiel in die Monate Oktober bis Dezember 1921, wo der Gulden über 100 Mark lag. So haben die insgesamt bewilligten Mittel von über 3 Milliarden Mark nicht ausgereicht. Die Mehranforderung von Reichsmitteln erklärt sich mit dem letzten Endes auf den kleinen Rücksicht. Die bedauerliche Mietansage erzielte jedoch erträglicher, wenn man sich die von der Fleischregierung vor vornher zu erwartete günstigere Wirkung auf die Wiederherstellung der heimischen Produktion und damit auf die Verbesserung der Ernährung vor Augen hält. Der Minister wird sicherlich die Erhöhung des Viehbestandes, namentlich des Schweißbestandes, noch die eingetreten ist, obwohl die Schlachtungen zugewichen haben.

Durch die Maisstärke durfte die schon durch die Lebensmittelanforderungen stark beeinflusste Erntelage nicht noch weiter verschärft werden. Besonders schwierig gestaltete sich aber die Bereinhaltung des Mais, als durch das Londoner Ultimatum die Belastung der am 1. August fälligen Rissiade notwendig wurde. Das war nur möglich, wenn an Stelle der Getreies und Maisstärke durch Export eine mögliche große Anleihe trat. Diese belief sich 25 Millionen Gulden. Die Gewartung, dass die Erntelage später günstiger sein würde, hat sich leider nicht erfüllt. Die Abdeckung des Kredits fiel in die Monate Oktober bis Dezember 1921, wo der Gulden über 100 Mark lag. So haben die insgesamt bewilligten Mittel von über 3 Milliarden Mark nicht ausgereicht. Die Mehranforderung von Reichsmitteln erklärt sich mit dem letzten Endes auf den kleinen Rücksicht. Die bedauerliche Mietansage erzielte jedoch erträglicher, wenn man sich die von der Fleischregierung vor vornher zu erwartete günstigere Wirkung auf die Wiederherstellung der heimischen Produktion und damit auf die Verbesserung der Ernährung vor Augen hält. Der Minister wird sicherlich die Erhöhung des Viehbestandes, namentlich des Schweißbestandes, noch die eingetreten ist, obwohl die Schlachtungen zugewichen haben.

Durch Export wurde die Vorlage dem Hauptausschuss überreicht. — Das Haus vertrat sich auf Mittwoch 2 Uhr. — Schluss 7 Uhr.

(28,5 Mill.). Insgesamt sind von den nach Verminderung des ursprünglichen Standes durch Inzahlungnahme von 30 Milliarden auf andere Tops bei Begebung neuer Anleihen verbliebenen 97,1 Milliarden rund 32,8 Milliarden, somit fast genau der dritte Teil der überhaupt beigegebenen Kriegsanleihen, bereits in Abgang gekommen.

Vorläufig keine Erhöhung der Eisenbahntarife.

Berlin, 21. Febr. Eine bislang Korrespondenz meldet aus dem Reichsverkehrsministerium, dass keine Erhöhung der Eisenbahntarife am 1. März, wie ursprünglich vorgesehen, vorgenommen werden soll. Zur Zeit sei eine Erhöhung der Eisenbahntarife, namentlich der Schmelzbestände, noch die eingetreten ist, obwohl die Schlachtungen zugewichen haben.

Derart wurde die Vorlage dem Hauptausschuss überreicht. — Das Haus vertrat sich auf Mittwoch 2 Uhr. — Schluss 7 Uhr.

Der neue Petersdorfer Zwischenfall.

Eröffnungsaufnahmen Berlins Schriftleitung.

Berlin, 21. Febr. Wie wir von außerordentlicher Seite erfahren, erhält die Regierung von dem neuen Polizeipräsidenten in Petersdorf erst durch Polizeinachrichten Kenntnis. Innerhalb ist die amtliche Bekanntgabe eingezogen, dass die Polizeimeldungen den Tatfällen entsprechen und dass die Schuld an der Bluttat auf Seiten der Franzosen liegt. Da sich die Sitzensäle in Oberschlesien und die Auskünfte der Franzosen in bedenklicher Weise mehren, so veranlasst die Regierung, Maßnahmen zu treffen, um der deutschen Bevölkerung Sicherheit zu gewähren. Wie das geschiehen soll, darüber schwören gegenwärtig innerhalb der Regierung noch Verhandlungen.

Die Übernahme des polnischen Teiles von Oberschlesien.

Berlin, 21. Febr. Der Steuerantrag des Reichstages verabschiedete heute das Vermögenssteuergesetz in zweiter Lesung. Nach einem vom Ausschuss angenommenen Antrage Dr. Becker-Helfen betrifft die Vermögenssteuer ähnlich für die natürlichen Personen von den ersten angefangenen oder vollen 250 000 Mark 1% v. T., für die nächsten angefangenen oder vollen 250 000 Mark 2% v. T., für die weiteren 250 000 Mark 3% v. T., für die weiteren 250 000 Mark 4% v. T., für die weiteren 2 Millionen Mark 5% v. T., für die weiteren 3 Millionen Mark 6% v. T., für die weiteren 3 Millionen Mark 7% v. T., für die weiteren 10 Millionen Mark 8% v. T. und für die weiteren Beträge 10% v. T.

Der Zuschlag zur Vermögenssteuer.

Berlin, 21. Febr. Der Steuerantrag des Reichstages verabschiedete heute das Vermögenssteuergesetz in zweiter Lesung. Nach einem vom Ausschuss angenommenen Antrage Dr. Becker-Helfen betrifft die Vermögenssteuer ähnlich für die natürlichen Personen von den ersten angefangenen oder vollen 250 000 Mark 1% v. T., für die nächsten angefangenen oder vollen 250 000 Mark 2% v. T., für die weiteren 250 000 Mark 3% v. T., für die weiteren 250 000 Mark 4% v. T., für die weiteren 2 Millionen Mark 5% v. T., für die weiteren 3 Millionen Mark 6% v. T., für die weiteren 3 Millionen Mark 7% v. T., für die weiteren 10 Millionen Mark 8% v. T. und für die weiteren Beträge 10% v. T.

Der Zuschlag zur Vermögenssteuer.

wurde folgendermaßen festgestellt: Der Zuschlag betrifft von den ersten angefangenen oder vollen 250 000 Mark des neuveröffentlichten Vermögens, 100 Prozent, für die nächsten angefangenen oder vollen 250 000 Mark 150 Prozent und für die weiteren Beträge 200 Prozent der Vermögenssteuer. Ferner sollen die Paragraphen des Gesetzes über das Reichskontrollamt, die der seit dem Reichskontrollamt eingetretene Erhöhung von Vermögenswerten bei Verdächtigungen Rechnung tragen, mit Wirkung vom Tage des Inkrafttretens des Gesetzes aufgehoben werden.

Das Gesetz über die Abgabe vom Vermögensausweis und der Nachliegungszeit wurde vom Ausschuss abgelehnt.

Die Abgabe vom Vermögensausweis und der Nachliegungszeit wurde vom Ausschuss abgelehnt.

Die Abgabe vom Vermögensausweis und der Nachliegungszeit wurde vom Ausschuss abgelehnt.

Die Abgabe vom Vermögensausweis und der Nachliegungszeit wurde vom Ausschuss abgelehnt.

Die Abgabe vom Vermögensausweis und der Nachliegungszeit wurde vom Ausschuss abgelehnt.

Die Abgabe vom Vermögensausweis und der Nachliegungszeit wurde vom Ausschuss abgelehnt.

Die Abgabe vom Vermögensausweis und der Nachliegungszeit wurde vom Ausschuss abgelehnt.

Die Abgabe vom Vermögensausweis und der Nachliegungszeit wurde vom Ausschuss abgelehnt.

Die Abgabe vom Vermögensausweis und der Nachliegungszeit wurde vom Ausschuss abgelehnt.

Die Abgabe vom Vermögensausweis und der Nachliegungszeit wurde vom Ausschuss abgelehnt.

11. ev.-luth. Landeskonode.

II. Sitzung.

Dresden, den 21. Februar 1922.
Die Landeskonode nimmt heute vormittag ihre Vollzungen wieder auf. Nach dem Eingangsgebet und dem Registrandenvortrag wird in die zweite Beratung des Verfassungsentwurfes der Landeskirche eingetreten.

Landgerichtsdirektor Dr. iur. Meier, Plauen i. B., stellt den Antrag, den Tag über das

Befreiung

aus der Verfassung veraudzunehmen und ihn der Verfassung vorzustellen, da man jetzt den Eindruck habe, daß das Befreiungsgesetz gelegentlich festgelegt werde. Dazu siehe es ihm so hoch. Der Antrag wird nach kurzer Aussprache mit 40 gegen 28 Stimmen angenommen.

Vom Abschnitt I.

Allgemeine Vorchriften.

werden ohne Aussprache verabschiedet die §§ 1 bis 5, § 6, der vom Amt des Landesbischofs handelt, wird in namentlicher Abstimmung mit 36 gegen 18 Stimmen angenommen. Zu § 7, Ausübung der Kirchengewalt, werden verschiedene Anträge gestellt. Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. Hedrich, Dresden, beantragt für Konstitutum und Synode "Landeskirchenamt" und "Kirchenlandtag" zu legen. Der Antrag wird abgelehnt, ebenso der Antrag des Geh. Rates Lotzius, Dresden, der bereits in der ersten Sitzung abgelehnt worden war, jetzt aber von dem Antragsteller wieder angenommen wurde. Der Antrag gewinnt in der Hauptstrophe darin, dem Landesbischof mehr Rechte zu geben, und ihn über das Landeskonsistorium aufzellen. § 7 wird dann in der Fassung der ersten Beratung verabschiedet.

Es folgt die zweite Beratung des Abschnittes II.

Landeskonode.

Zu § 8 „Zusammensetzung der Synode“ gehen mehrere Anträge ein. Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. Hedrich beantragt die Einführung der Urwahlen für die Synode mit der Befürchtung, daß die Gemeindemitglieder wohlberechtigt sein sollen, die sich in die Wahllokale haben einzutragen lassen. Der Antrag wird von mehreren Rednern abgelehnt. Die Urwahlen seien unlogisch und unangebracht. Die notwendige kirchliche Erfahrung liege bei den Kirchgemeindevertretungen. Die Zeit für die Urwahlen sei noch nicht gekommen. Die Vertreter der Urwahlen betonen, daß es darauf ankomme, daß landeskirchliche Interesse zu wenden. Die treuen Kirchenfreunde, die in den Wahlberichten hundert, warten darauf, daß sie das Wahlrecht für die Synode erzielen. Andere Anträge bezwecken in der Hauptstrophe, das Verhältnis zwischen geistlichen und weltlichen Mitgliedern in der Synode (1:2) zugunsten der Geistlichen zu verschleben. Der Antrag Hedrich wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Abstimmung, daß der Synode vier von den Superintendenti aus ihrer Mitte zu mählende Mitglieder angehören, wird gestrichen, dagegen wird die Zahl der vom Landeskirchenausschuß zu beruhenden Mitglieder von 9 auf 12 erhöht. Die Mehrzahl ist geistlichen Standes. In der Gesamtabstimmung, die momentan erfolgt, stimmen 21 Synodaten gegen den § 8.

Zu § 9 „Wahlbeamte“ stellt Oberstudientrat Hickmann, Leipzig, den Antrag, anstatt der Mehrheitswahl auf Verhältniswahl anzukommen. Der Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt, der Ausschlußantrag aber angenommen.

Mit unwesentlichen Änderungen gegenüber den Beschlüssen der ersten Beratung werden angenommen die Paragraphen 10 bis 21. Sie betreffen Wahlfreiheit, Wahlberechtigung, Wahlverfahren, Wahlprüfung, Amtsdauer der Synode, Einberufung, Vertagung und Schluss der Synode, Beschlussfassung der Synode, Teilnahme des Landeskirchenausschusses und des Konstitutums, Wirkungskreis der Synode, Standiger Synodalanschluß, Zuständigkeit des Synodalanschusses und Kosten der Synode.

Abschnitt III behandelt die

Kirchliche Gelehrte

und umfaßt die Paragraphen 22 bis 26 mit den Überschriften: Umfang der Kirchengiebung, Kirchengebehvorlagen, Vereinigungsverträge, Verkündigung der Kirchengesetze und Notverordnungsrecht. Zu § 25 wird eine unwesentliche Änderung beschlossen. Die übrigen Paragraphen werden in der Fassung der ersten Beratung angenommen.

Alsdann beschließt sich die Synode mit Abschnitt IV

Landeskirchenausschuß und Landesbischof.

Die betr. Paragraphen — 27 und 28 — finden ebenfalls in der Hauptstrophe nach der Fassung der ersten Beratung Anwendung.

Der nächste Abschnitt handelt vom

Landeskonsistorium und der kirchlichen Verwaltung.

Dem § 29 „Landeskonsistorium“ wird ein Absatz angefügt, nach dem die Beamten des Landeskonsistoriums beruflige öffentliche Beamte sind. Außerdem wird ein Antrag des Arbeitskreises Geh. Dresden, angenommen,

Landeskonsistorium zu ersuchen, eine Verordnung zu erlassen, die die Kirchgemeinden veranlotzt, die kirchlichen Angestellten ohne Beamteneigenschaft den durch die Selbstverwertung geschaffenen Verhältnissen entsprechend zu befreien.

Darauf werden noch verabschiedet die Paragraphen 30 bis 32, betr. Präsidium, Beschlussfassung des Landeskonsistoriums, Geschäftskreis des Landeskonsistoriums.

Die Synode nimmt dann Stellung zu dem Gesuch die Kirchhofsrat und Zittauer Predigerkonferenz teilt.

Das Begräbnis von Selbstmordern.

Das Gesuch beschäftigt sich mit der Verordnung des Landeskonsistoriums vom Jahre 1921, nach der Ausnahmen vom allgemeinen Begräbnis bewilligt werden, wenn es sich um entstehbare Fälle handelt. Das Gesuch will die einheitliche Regelung beibehalten wissen und tritt nach wie vor für das allgemeine Begräbnis unter Mitwirkung des Seelsorgers ein. Landgerichtsdirektor Dr. Hauck Chemnitz, der für den Auskunftsrat für Reichsberater und Gesuch spricht, empfiehlt, das Gesuch dem Kirchenregiment als Material an überweisen.

Die Frage kommt aber niemals reichlich gehäuft vor. Pfarrer Schulte-Obersdorf vertritt den Standpunkt der Petenten und beantragt, das Gesuch dem Kirchenregiment zur Erwähnung zu überweisen. Oberkirchenrat Dr. Goedeberg und Pfarrer Heinze-Dalstein unterstützen den Antrag. Die Kirche könne den Seelsorger bei aller christlichen Milde nicht aufheben. Die Beerdigung erfolge am besten in der Stille. Pfarrer Jäger vertritt die Meinung, empfiehlt als Begräbnis das Grabengelob. Es führt Fälle an, in denen eine zu strenge Aussichtung nicht am Platze ist. P. pr. Haeckler-Bautzen in der Meinung, daß eine Einheitlichkeit wie sie zu erstellen sehr würde. Man sollte Erfahrungen haben und christliche Milde betreiben. Die Verordnung des Landeskonsistoriums habe Trost und Erleichterung gebracht. Obermedizinalrat Dr. Melzer-Großhennersdorf spricht als Reichsberater. Der Seelsorger geschieht immer aus fruchtbaren Antrieben hervor. Das allgemeine Begräbnis sollte wohl empfohlen werden, es zu fordern, sei falsch.

Nach weiterer Aussprache wird der Antrag Schulte-Obersdorfs abgelehnt, der Ausschlußantrag aber angenommen. Die Synode hält sodann eine vertrauliche Besprechung ab.

Nächste Sitzung: Heute, Mittwoch, vor 12 Uhr.

Tagessitzung: Fortsetzung der Versammlungsberatung; Beirat der Landeskirche zum Deutschen Evangelischen Kirchenbund; Vergütung für Kirchenmusikalische Beiträge.

Das 200jährige Jubiläum der Herrnhuter Brüdergemeine

gibt den Lausitzer Synoden Anlaß zu dem Antrage an die Synode:

Zum bevorstehenden 200-jährigen Jubiläum Herrnhuts möchte auch die sächsische Landeskirche den neuen Konfessionsverbunden ihre teilnehmende Beteiligung an dem Fest anbieten, mit dem sich der Herr der Kirche an der von dem frommen sächsischen Landsmannen begründeten Brüderlichkeit freut hat, und der zumal in der Glaubenskraft ihrer Missionarbeit der Welt offenbart geworden ist. Sie würdigt im besonderen aber der Brüdergemeine und ihrer Führung den Dank des Landeskirche auszusprechen für manche wertvolle Anregungen zu praktischer Vieharbeit, sowie zur Belebung der Gemeinden und für die manigfachen selbstlosen Leistungen, die Herrnhuter Bischofe, Prediger, Missionare, Gemeinschaftspfleger und Gemeinden geleistet haben. Das Kirchenregiment wird deshalb erinnert, der Union die Teilnahme der Landeskirche am bevorstehenden Jubiläum auszusprechen und sie durch eine Tot. z. V. Unterstreichung der von anderer Seite angeregten Missionsspende zu bestätigen.

Zurück zu den eigentlichen Befreiungsgesetzen: Umfang der Kirchengiebung, Kirchengebehvorlagen, Vereinigungsverträge, Verkündigung der Kirchengesetze und Notverordnungsrecht. Zu § 25 wird eine unwesentliche Änderung beschlossen. Die übrigen Paragraphen werden in der Fassung der ersten Beratung angenommen.

Alsdann beschließt sich die Synode mit Abschnitt IV

Landeskirchenausschuß und Landesbischof.

Die betr. Paragraphen — 27 und 28 — finden ebenfalls in der Hauptstrophe nach der Fassung der ersten Beratung Anwendung.

Der nächste Abschnitt handelt vom

Landeskonsistorium und der kirchlichen Verwaltung.

Dem § 29 „Landeskonsistorium“ wird ein Absatz angefügt, nach dem die Beamten des Landeskonsistoriums beruflige öffentliche Beamte sind. Außerdem wird ein Antrag des Arbeitskreises Geh. Dresden, angenommen,

Klangreiz und Ausdrucksfähigkeit ziemlich arme Stimme verfügt, deren Verwendung im Gedächtnis obendrein durch die hierdurch Prädilektion der Hörsäle beeinträchtigt wird. Achtung vor den Fähigkeiten der Sängerin geraten man dogmatisch bei der Ausführung der gesanglichen Werken in Mitleidenschaft.

Zum Beispiel in der "Entschloß'n die leise Hoffnung" (die Sängerin übrigens in eine "leise Stunde" umgedichtet) oder in der "Nachtigall" von Alabieff und ähnlichem Frühlingssingen im Großen Garten: an den Wintemonaten treffen wir die zurückbleibenden, die sog. Strichgold, an (Gimpel, Beutig, Baumläuse, die verdeckten Weisen u. a.) und als Winterthane aus dem Norden z. B. den Seidenwanzen, die Mordhoh. Das gilt dem Höhepunkt der Sonne bereichernd das Vogelchen im Großen Garten.

Ganz im Februar bereits die Starre und im April des Vogelchen: Samen, Blüten, Jubilieren, Trällern, Schnurren, Flattern, Sägen, Vögeln — ein Durcheinander,

das selbst der Vogelmeister oftmais mit Mühe nur die einzelnen Arten herauszuhören vermögt, zumal wenn später noch die Jungen dazwischen rufen. Der Vortragende rie-

deswegen allen, die sich zur Aufgabe machen wollen, die Vogelwelt lernen zu lernen, kann jetzt den Großen Garten circa zu besuchen. — Wer im Frühjahr aufmerksam durch den Großen Garten gegangen ist, hat gewiß schon das überaus vielfältige Vogelleben beobachtet, doch wird manch einer erstaunt gewesen sein, als in dem Vortrag über

so wenigen Stimmen getragene Melodie seiner Regierung, also auch die sächsische nicht, ihre Existenz begründen kann. Die Unabhängigen sehen somit endlich ein, daß eine Regierung mit zwei Stimmen Mehrheit eigentlich gar keine Regierung im demokratischen Sinn ist.

Später kommt der H. S. P. diese Erkenntnis, aber noch nicht zu spät. Sie kommt gerade recht, damit man sie aus der bestreitenen Frage des Vierstifts der L. S. P. aus Sicherheit breiten Gesetzes liegen und momentan alles Arbeitet zu beklagen kann. Sie sind bisher von den unabhängigen Freien in ganz entgegengesetztem Sinne untersetzt worden. Jetzt werden nun auch sie einsehen müssen daß 40 Stimmen einer Mehrheit kein Recht geben, 47 Stimmen dauernd an die Hand zu drücken.

Was besonders bemerkenswert ist, daß sogar das radikale unter den unabhängigen Blättern Sachsen, die "Unabhängige Volkszeitung" in Dresden, am 18. Februar gerade die Stelle aus der L. S. P. unterstreicht, indem sie sie zittert, ohne auch nur ein Wort dagegen zu sagen.

Sächsische Siedlungswelle.

An gestrigen Dienstag wurde die Sächsische Siedlungswelle fortgesetzt. Nach einem Vortrag von Oberregierungsrat Hager über das Baukostenzuschlagsverfahren sprach Regierungsbaurat Stegemann über die

Siedlung und den Siedler.

Mit Nachdruck betonte er, daß die Siedlung das mühe- und spärliche Werk des Siedlers sein müsse. Am Ende seines Vortrages vertrug der Siedler wohl mitzumachen, eine außer große Verbildigung darf man sich davon aber nicht versprechen. Bei geeigneter technischer Überleitung könnten auch durch den Regierungsbaurat Erfahrungen erzielt werden; eine allgemeine Praxis dürfe sich nicht daraus ergeben. In Hinsicht von Siedlerorganisationen seien große Zurückhaltung geboten; herartige Vereinigungen belasten den Siedler oft durch einen teuren Verwaltungsapparat, der im Hinblick auf die vorhandenen staatlichen Kurzgegenrichtungen gänzlich überflüssig sei. Verabschiedet wurden verschiedene organisatorische Zusammenschlüsse der Siedler zu wünschen, um Unternehmungen zur Bauflöserung, den Bau und die Finanzierung von Häusern die Gründung einer Siedlungsbau u. dergl. m. zum Beginn hinzu beteiligen hätten. Innerhalb der fertigen Siedlung komme die Bildung einer Wirtschaftsgemeinschaft in Frage. Immer von neuem mußte die Notwendigkeit für den Siedler betont werden, sich schon vor der Siedlung Kenntnisse im Gartenbau anzueignen; auch der Rat des Landeskonsistoriums schafft und erfahrene Architekten soll dies eingescholt werden, damit Klarheit über die Kosten besteht, die der Erwerb eines eigenen Heimes auch auf die Dauer bedeutet. Empfehlenswert ist es, für das Bauwerk die Eigentumsrechte in Anspruch zu nehmen, die es gegen jeden Eintritt kostet. Regierungsbaurat Stegemann warnte am Ende seiner Ausführungen eindringlich vor der planlosen und verantwortungslosen Verbindung von Siedlervereinen. Eine wirklich durchdurchgehende Siedlung sei unter den vorhandenen Verhältnissen überhaupt nicht durchführbar. Einer besonderen Werbung bedürfe der Siedlungsbau nicht; es soll aus sich heraus stark genug aussehen.

Bauarzt Dr. Ing. Koch hielt daran einen Vortrag über das Kleingartenswesen.

„Die Vogelwelt des Großen Gartens“

behandelte der Vierstiftsvortrag, den Studienrat Dr. Bäker lehrte vor zahlreich erschienenen Mitgliedern und Freunden der lieben Vogelwelt Dresden des Bundes für Vogelzüchterie im Großen Garten, ging in der Betrachtung aus vom Winter, als der ruhigen Zeit in der heimischen Vogelwelt, und schloß den Jahresverlauf der Großvogelzüchter im Großen Garten: an den Wintemonaten treffen wir die zurückbleibenden, die sog. Strichgold, an (Gimpel, Beutig, Baumläuse, die verdeckten Weisen u. a.) und als Winterthane aus dem Norden z. B. den Seidenwanzen, die Mordhoh. Das gilt dem Höhepunkt der Sonne bereichernd das Vogelchen im Großen Garten.

Es kommen im Februar bereits die Starre und im April des Vogelchen: Samen, Blüten, Jubilieren, Trällern, Schnurren, Flattern, Sägen, Vögeln — ein Durcheinander, das selbst der Vogelmeister oftmais mit Mühe nur die einzelnen Arten herauszuhören vermögt, zumal wenn später noch die Jungen dazwischen rufen. Der Vortragende rie-

deswegen allen, die sich zur Aufgabe machen wollen, die Vogelwelt lernen zu lernen, kann jetzt den Großen Garten circa zu besuchen. — Wer im Frühjahr aufmerksam durch den Großen Garten gegangen ist, hat gewiß schon das überaus vielfältige Vogelleben beobachtet, doch wird manch einer erstaunt gewesen sein, als in dem Vortrag über

Leiter vom Anna-Beckh-Kuhn mit der netten und liebenswürdigen Musik von Hans Hermann-Dresden zum Sanftkunstzirkus Male und zwar unter Leitung des Komponisten bei vollbesetztem Hause in Szene. Das Märchen wirkte so gut wie am ersten Tage.

Wilhelm Raumann, der Direktor des Deutschen Theaters in Hannover, wurde für mehrere Jahre als Spieler und Darsteller für die Rotte-Röhrchen in Berlin verpflichtet. Raumann holt gleichzeitig die Direktion des Theaters in Hannover bei.

Der allgemeine Studentenaustausch der Leipziger Handelshochschule nahm einstimmig eine Resolution an, die sich gegen die neue studentische Notverfassung richtet. Die Resolution wird damit begründet, daß vorher die einzelnen Studentenschaften nicht befragt wurden, und daß die Notverfassung die ausländischen Studentenschaften abschreckt.

Eine Frau Ehrendoktor. Der Vortragende des Bundes Deutscher Frauenvereine, Frau Marianne Weber, ist von der juristischen Fakultät der Universität Heidelberg die Würde eines Ehrendoktors verliehen worden. Marianne Weber hat sich wissenschaftlich beworben, vor allem durch ihre Arbeit über „Arbeitsverhältnis zum Sozialismus“ und ihr umfangreiches Buch „Geburt und Mutter in der Rechtsentwicklung“.

Ein Lamprecht-Grabdenmal. Felix Pfeifer, der Leipziger Bildhauer, der beauftragt ist, das Grabmal für den Bildhauer Karl Lamprecht zu schaffen, das in Schlosspark Lamprechtshausen zerbrochen ist, wird vollendet eben die Modelle dazu. An drei großen Säulen, die das Denkmal schmücken, wird das speziell Lamprecht'sche Werk verhüllt.

Ein Schubert-Grabdenkmal. Am 21. Februar wird auf dem Südfriedhof, Gruppe der Ehrengräber, das von Felix Pfeifer, Leipzig, gefertigte Grabdenkmal, das von den Schülern des Lehrers geschafft wurde, enthüllt.

Der Weihel in der Leitung des Burgtheaters. Direktor Anton Billmair hat, wie schon gemeldet, seine Dienstfunktion als Direktor des Wiener Burgtheaters endgültig eingereicht und verzögert noch einjähriger Tätigkeit seinen Posten. Die Ablösung ist zu seinem Rücktrittsdatum mit dem nächsten Tag vereinbart. Dr. Billmair bat vor seinem Verlust die Burgtheater führen, die er schon während des gegenwärtigen Burgtheaterführers übernommen hatte

Klangreiz und Ausdrucksfähigkeit ziemlich arme Stimme verfügt, deren Verwendung im Gedächtnis obendrein durch die hierdurch Prädilektion der Hörsäle beeinträchtigt wird. Achtung vor den Fähigkeiten der Sängerin geraten man dogmatisch bei der Ausführung der gesanglichen Werken in Mitleidenschaft.

Zum Beispiel in der "Entschloß'n die leise Hoffnung" (die Sängerin übrigens in eine "leise Stunde" umgedichtet) oder in der "Nachtigall" von Alabieff und ähnlichem Frühlingssingen im Großen Garten: an den Wintemonaten treffen wir die zurückbleibenden, die sog. Strichgold, an (Gimpel, Beutig, Baumläuse, die verdeckten Weisen u. a.) und als Winterthane aus dem Norden z. B. den Seidenwanzen, die Mordhoh. Das gilt dem Höhepunkt der Sonne bereichernd das Vogelchen im Großen Garten.

Ganz im Februar bereits die Starre und im April des Vogelchen: Samen, Blüten, Jubilieren, Trällern, Schnurren, Flattern, Sägen, Vögeln — ein Durcheinander, das selbst der Vogelmeister oftmais mit Mühe nur die einzelnen Arten herauszuhören vermögt, zumal wenn später noch die Jungen dazwischen rufen. Der Vortragende rie-

deswegen allen, die sich zur Aufgabe machen wollen, die Vogelwelt lernen zu lernen, kann jetzt den Großen Garten circa zu besuchen. — Wer im Frühjahr aufmerksam durch den Großen Garten gegangen ist, hat gewiß schon das überaus vielfältige Vogelleben beobachtet, doch wird manch einer erstaunt gewesen sein, als in dem Vortrag über

so wenigen Stimmen getragene Melodie seiner Regierung, also auch die sächsische nicht, ihre Existenz begründen kann. Die Unabhängigen sehen somit endlich

50 Vogelarten genannt wurden, die allein im Großen Garten leben.

Dr. Böhler sprach weiter von der Brutzeit Ende Mai und Juni; vom allmählichen Verstummen des Vogelgeläuts im Juli und vom Herbstzug. Bereits im August ziehen die zuletzt angekommenen Vögel wieder ab und im Oktober haben wir wieder das Winterbild. Weitere Einzelheiten zu nennen, muss unterbleiben; denn der Vortrag war überaus reichhaltig. Doch bietet die Ortsgruppe im folgenden Frühjahr auf vogelkundlichen Ausgängen jede Gelegenheit, die Vogelwelt des Großen Gartens und der Heimat überhaupt kennen zu lernen.

Erneut sehr gut besucht war der Vortrag am Freitag. Das beweist ein großes Interesse an den Vortragsreihen des Bundes. Und es sei das Beimühen eines jeden Vogelfreundes, noch weitere Kreise zu gewinnen — Vogelfreunde — Vogelkunst! Am Mittwoch, den 8. März, hält Lehrer P. Bernhardi seinen Vögelvortrag „Die Vogelwelt des Moritzburger Teichgebietes im Bild“ wieder im Saale des Bauernbundes, Windelmannstraße 4, abends 8 Uhr. Gäste sind herzlich willkommen. Karten für Nichtmitglieder sind in der Buchhandlung von Bentelspacher, Marienstraße Nr. 18, zu haben.

— **Mietpreise und Instandhaltung von Mietwohnungen.** Der Schwäbungsauftakt und Vorstand der Innung der Baumeister zu Dresden fand am folgenden Nachmittag statt. Wir halten es für unsere Pflicht, die Leistungsfähigkeit und im besonderen die Mieterschaft Dresdens dahingehend aufzuzeigen, daß die Hausbesitzer den gesetzlichen Anforderungen über die gebrauchsfähige Instandhaltung von Mietwohnungen nur nachkommen können, wenn ihnen die Mieten in einer Höhe ausbilligt werden, die zur Deckung dieser Kosten angreicht. Bis jetzt ist das nach Mitteilung unserer Verständigungen, die zum Teil als Vermieter-Kreis dem Mieteingangsamt angegeben, nur zu einem ganz geringen Teil der Fall. Es ist deshalb zwecklos, wenn seitens der Mieterschaft bzw. der Baupolizeibehörde in Bezug auf Reparaturen fortwährend hohe Anforderungen an die Hausbesitzer gestellt werden, die mangels der erforderlichen Gelder zur Deckung der Kosten aus der Miete nicht ausgeführt werden können. Die Verpflichtung zur Vornahme von bestimmten Instandhaltungen ist notwendiger, kleinere Reparaturen kann nur in dem Maße voll verlangt werden, wo die 30 Prozent der Miete von 1911 hierzu unverkürzt bei der Mietsteuer bewilligt worden sind und dann auch nur insofern, als diese 30 Prozent hierzu ausreichen, was nach unseren Erfahrungen bei den meisten Häusern nicht der Fall ist. Gelder zur notwendig zuwendenden Vornahme von bestimmten Instandhaltungen wiedersprechende Erneuerungen an Türen, Dachdeckung, Außenabzugs, Außenanstrich der Fenster, Dächer, Außenmauern usw. sind unseres Wissens nach bis jetzt weder in der Miete noch durch andere Einrichtungen zur Verfügung gestellt worden. Das Mieteingangsamt bewilligt zurzeit nur für bereits ausgegeben Erneuerungen für Amortisation und Verstärkung Teilstücke in der Miete. Dientigen Hausbesitzer aber, die aus der Miete keine Gelder zu diesen Erneuerungen zur Verfügung haben und das sind weitans die meisten, können Erneuerungen dennoch auch nicht ausführen, zum größten Schaden der Häuser und der darin befindlichen Wohnungen. Sie können zur Vornahme solcher Erneuerungen aus anderen eigenen oder fremden Mitteln auch nicht genutzt werden, denn die Mittel für alle Erneuerungen sind nach Ansicht der Sachverständigen durch die Miete auszubringen vor dem Zeitpunkt, an welchem die Erneuerung vorzunehmen werden muss.

— **Arbeiterverein in den Barbiers und Arzneigeschäften** an den zweiten Feiertagen. Auf Antrag von mehr als zwei Dritteln der beteiligten Gewerbetreibenden verordnet die Kreishauptmannschaft Dresden unter teilweiser Ausübung der entgegenstehenden Beschränkungen, daß die Barbier- und Arzneigeschäfte an den 2. Februar-, Fasching- und Fastnachtstage sowie an diesen Tagen das Bedienen von Kunden außerhalb der Geschäftsräume verboten, Zuüberhandlungen unterliegenden den Strafbestimmungen des § 146 a der Reichsstaatsordnung.

— Am südlichen Elbstrand, am Elbberg 3, sind von morgen, Sonntag, ab an drei Tagen der Woche, und zwar Sonntagnachmittag, Dienstag und Sonnabends die Wannen- und Schwimmbäder von 10 bis 8 Uhr wieder geöffnet. Rassenabslus für die Wannenbäder eine Stunde und für die Schwimmbäder zwei Stunden vor Badefreiluft. Die Schwimmbäder müssen wegen Stoffmangel leider noch geschlossen bleiben.

— „Herras aus dem Wohnungselend!“ lautet das Thema eines Vortrages, den morgen, Sonntag, abends 18 Uhr, in den Annalen am Reichstag Generalsekreter Rückert aus Berlin hält. Einberufen wird die Versammlung, die auch freie Ausdrücke bringen soll, vom Landesverband Sachsen und deutscher Arbeitervereine, vom Landesverband Sachsen im Bund deutscher Mietervereine, von der Freien Arbeitsgemeinschaft für Kriegerbefreiungen und vom Landesheimatentenbund der Sächsischen Gewerkschaften.

— Die Mittwochsschicht Dresden feierte am Sonnabend im Palmenhaus wieder eines ihrer jährlichen Festes: Ein Ball in der Altkirche. Herr Filmdirektor Simon gab anlässlich der Herstellung des Kinofilms „Die schwarze Rose von Arzheim“ den beteiligten Kinosäulen ein glänzendes Fest. Alle Kümmer waren vergessen, jeder in seinem Filmkabinett. Allerhand fröhliche Vorführungen erhöhten die Festnachtstimmung von Stunde zu Stunde. In einer volkstümlichen Kugel des „Alten Arzheim“ erfreute Herr Kirch mit einem Klaviersolo, ein fast mädchenartiger Edelfnabe, Herr Nonnenberger, entlockte unermüdlich seiner Violine die lustigsten Beisen. Mit fabelhafter Geschicklichkeit ließ Herr Kunstmaler Thüller Blumenküche und Kärtchen des Abends mit bunten Kreiden entstehen. Der Glanz des Film-Abends behielt aber aus der Vorführung des übermütigen Filmmusik „Trümpel und Dot“ durch die Heimlichtüftelei, der wahre Nachschlag erdrückt. Nach einer schwärzürnigen Polonaise mit hunderten bunter Lampionen fiel die Fidelitas alle Kümmer noch lange in herrlicher Stimmung zusammen.

— **Zwei Kinder auf einer Eisbühne abschwommen.** Am Dienstag nachmittag zwölfe sich auf der Elbe zwischen Dresden-Matzlow und dem Wasserwerk Saloppe ein aufliegender Borgart an. Unterhalb der Matzlow-Löschwasserbrücke hielten am linken Elbhinter mehrere Kinder sich auf das Eis begeben, die sich unterhielten eine 3 bis 4 Meter lange und 1 Meter breite Eisbühne, auf der sich zwei 12 bis 18 Jahre alte Kinder befanden, vom Wasserwerk loslöste und rutschte nach der Mitte der Elbe zu oberst. Die Kinder mit einem Kahn zu retten, war unmöglich, da keiner zur Hand war. Man suchte, daß die Eisbühne jedem Augeblid mit den jungen Menschen verschmelzen werde. Zwischenmachen verfolgten am Ufer ihre Freunde, ohne ihnen beitreten zu können. Nachdem vom Wasserwerk Löschwasser aus das Wasserwerk Saloppe von dem Borgart telefonisch in Kenntnis gesetzt worden war, rüstete sich das Wasserwerkpersonal zum Rettungsmittel. Mit Stangen und Seilen warteten die Mannschaften oberhalb des Restaurants Saloppe auf die Ankunft der Eisbühne. In einem gespannten Augenblick gelang es ihnen auch den Kindern ein Seil anzuhören und sie aus der Elbe herüber zu ziehen. Als das Rettungswerk angelaufen war, setzte die Scholle in mehrere Stücke. Die geretteten Kinder überwältigt vor Freude entfernten sich eilfertig. Auch die Feuerwehr war zum Rettungswerk ausgerückt.

— **Anbildung.** Heute (22. d. M.) sind es 80 Jahre, daß die bekannte Leder- und Schuhmacherarbeitsaufstellung 10 Uhr auf Uhligstraße 1, Anh. Anna Lübeck, welche Walle 5, besteht.

— **Albrechtischer Verband.** Morgen, Sonntag, abends 18 Uhr, Albrechtshaus (Bismarck-Zubel), Monatsversammlung. Lehrer G. Fischer: Albrechtsburg nach neuen Nischen.

— **Inaugurationsfest.** Samstag, 22. Februar, 19 Uhr vor der Halle der Technischen Hochschule zum Hochherrenfest. Sonnabend: Fohrt

Jahrsatz kein Nachschlag. Mittwoch, 23. Februar, Endschlag, Abend auf der Grundlage der Ruffage von Dresden im Vo.-Ztg. über die Norm des Bundes.

— **Deutsch-Ratgeber Jugendbund, Ortsverband Dresden.** Wegen des Vortrages von A. Wallé findet der große Jugendabend am 8. März, 18 Uhr, Windelmannstraße 4, statt. Soiree zusammen: Sonntag, den 27. Februar, 7 Uhr, Neubaustraße 11, Turnen für den zweiten Sporttag. Sonntag, den 26. Februar, Übung des Sporttags von Vorwerkfeld. Antreten: 18 Uhr. Samstag, Februar, den 25. Februar, 18 Uhr, Ritterausstellungshalle, B.G. Dresden-Alstadt: Mittwoch, den 22. Februar, 18 Uhr, Madelungendabend durch A. Dahl, Windelmannstraße 4, B.G. Riesastraße und Loschwitz; Sonnabend, den 23. Februar, 18 Uhr, Gladbachstraße 8, Jungsabend: Kurt Söhle: Abschaltung von 1830 bis 1918. Freitag, den 24. Februar, Samariterhaus für Maden.

— **Ausstellung für religiöse Kunst.** Morgen, Sonnabend, abends 8 Uhr, spricht im Gemeindesaal an der Kreuzkirche 7 Ministerialrat Dr. Gertrud Baumert über Frau, Frömmigkeit, Kunst.

— **Vereinsveranstaltungen.** Ortsgruppe Dresden des antifaschistischen Reichsverbandes. Morgen, Donnerstag, abends 8 Uhr, Spricht im Gemeindesaal an der Kreuzkirche 7 Görler über: Bismarck und das Zentrum. Au dem politisch wie kulturell höchst bedeutsamen Vortrag sind auch Gäste willkommen. — Gemeindeausgabe Lukas vom Volksschulischen Landesamt. Morgen, Sonnabend, im großen Saale des Vereinshauses, Ammonstraße 6, Kammerabend. Vorträger Braun hält eine Ansprache über „Gemeinnützigkeit und Freude“. Darin werden Bilder zur Verteilung geben über die Freude und ein Bildwettbewerb abgenommen. Der Eintritt ist frei. — Gründungsfeier des evangelischen Arbeitervereinigungsvereins. Nachmittag 18 Uhr 26. Generalversammlung im Gemeindesaal, Döbelnhalstrasse 8. — 26. Februar: Kultursatzung der Ortsgruppe Dresden der Deutschen Volkspartei. Räume Kreisring, 18 Uhr, Metzgerlochchen, Ecke Großenhainer und Werdauer Straße. Kammerabend. Überkandidat Dr. phil. Pflugner spricht über: „Was Deutschland unternehmen“. Weidknecht Gäste sind herzlich willkommen. — Werkbanknationalgesell in der Soldaten, Ortsgruppe Dresden, Stammverein sind seit: Am 20. Februar und am 1. März im Reichsstadtkeller, am 10. März im Löwenbräu, Röhrstraße und am 13. März im Überbräu, Bahnhofstraße. Am 1. März findet die Kultus-Versammlung im Künsterhaus, Brunnstraße statt.

— **Verein evangelischer Gläubiger.** Morgen, Sonnabend, in der Weißen Schiele, Johann-Georgs-Kirche 16. Vortrag von Kirchenrat Dr. Röber: Wie kommt du zum Heiland? — Niedermann willkommen. — Braun-Weiß-Rot stehen. Abiturienten der Realschule Seevorstadt, Sonnabend, den 25. d. M., Röhlingsplatz (Strandbad), Aussichtspavillon, 7 Uhr. — Sozialräte-Stammklausur. Am 27. Februar: Sonnabend, Reichsstadtkeller, 7 Uhr, Bürgerklasse. — Räuber-Kasper-Theater von Rudolf Pfeiffer im Palmengarten, Altenbergs Kreis, 165 Uhr, wird „Kaspels Höllenfahrt“ und „Kasperle in Konstantinopel“ gegeben. Kartenverkauf bis Freitag mittag im Rahmen der Symbolgeschäft, Amalienstraße (Haltestelle Pirnässer Platz).

— **Rückus Sartorius.** Ein phantastisches Feuer und Flammenballett, wie schwierige technische Effekte, in dem Spielplan eingefügt. Nur wenige Tage galt es auf Sartoriuss großes russisches Volkstanz unter Beteiligung von 70 Sängern, Tänzern und Balalaika-Spielern. Beide Aufführungskünste erscheinen im Programm der heutigen Nachmittags-Vorstellung.

— **Kreisfeste mit 2000 Pl. gekostet.** Einem lieben Einwohner ist in der Nacht zum 2. Februar von unbekannten Personen, die ihn vermutlich wo in die Haustür der Sanitätswache in der Annenstraße gestiegen, eine Kreisfahrt mit 2200 Pl. Anholt gehoben worden. Personen, die solcheartlichen Mittellungen, insbesondere über die unbekannten Begleiter machen können, werden nach der Kriminalpolizei gebeten.

— **Weissen.** Am Sonntag nachmittag erscheint hier der 9 Jahre alte Schulklasser St. von hier. Er war überhalb der alten Brücke auf dem Eis gelauert und schließlich eingebrochen und trog der sofort unternommenen Rettungsversuche untergegangen.

— **Freital.** In der Gußstahlfabrik in Freital-Döhlenbrück ein großes Schadensfeuer aus, dem die Federbeschmeide zum Opfer fiel. Beim Hörten einer Tragfeder für einen Eisenbahndrehgestell einer der etwa 50 Meter langen Deltaböschung in Brand. Das Feuer ergreif auch die beiden anderen Ponte und das Dach. Die Feuerwehren von Freital und Umgegend konnten die brennenden Deltaböschungen nur sehr schwer lösen.

— **Freiberg.** Hier soll eine Garnisonverstärkung eintreten, indem das jetzt in Frankenberg garnisonierende Bataillon des Reichswehr-Inf.-Regts. Nr. 11 im Grüblabach nach Freiberg verlegt werden soll.

— **Chemnitz.** Einem Herzschlag erlag hier am Sonntag Schuldirektor Paul Wilsdorf, ein im Chemnitzer Schulwesen wie im Vereinleben und Gemeindewesen immer auf das Wohl der Allgemeinheit bedachter Mitbürger.

— **Zeitz.** Die bislang Papierfabrik, die vor an nähernd 14 Tagen den gesamten Betrieb infolge des Eisenbahnerstreiks und des dadurch bedingten Kohlenmangels einzstellen mußte, hat Anfang der laufenden Woche den Betrieb in vollem Umfang wieder aufgenommen.

Die Unregelmäßigkeiten in der Dresdner Stadtgirofassade vor den Geschworenen.

Das Schwurgericht Dresden trat am Dienstag zur letzten Sitzung in der ersten diesjährigen Tagung zusammen. Der vorliegende Landgerichtsdirektor Dr. Knoblauch dankte den Geschworenen für die geleistete Mitarbeit. Im Namen der Geschworenen erwiderte Gemeindevorstand o. D. Arnolds. Als letzter Angeklagter hatte sich der 1887 zu Dresden-Oberau geborene ehemalige Stadtverwaltungsassistent Martin Johannes Starke wegen schwerer Unterschlagung im Amt zu verantworten. Der Angeklagte war als Kontentübler in der Stadtgirofassade angestellt und als solcher vom Stadtrat eidlich in Plönzt geschworen worden. Nach dem Eröffnungsbeschluß hat sich Starke in dieser Vertrauensstellung der Unterschlagung schuldig gemacht, indem er in der Zeit von Oktober 1920 bis September vorliegenden Jahres insgesamt 8700 Pl. ihm zur Einzahlung übergelebte Geldbetrag für sich zurückbehält, um das Geld im eigenen Nutzen zu verwenden. Darin hat er sich gleichfalls in dieser Stellung in der Zeit vom Januar bis September vorliegenden Jahres noch und nach auf betrügerische Weise 1920/21 5000 Pl. zu verschaffen gewußt. Der Angeklagte war im allgemeinen voll geständig. Er führte aus, daß er in der Hauptgeschäftsstelle der Stadtgirofassade an der Annenstraße angestellt war, sein Posten befand sich zwischen den Räumen I und II, er hatte mit der Annahme von Barbiträgen aber nichts zu tun. In jener Stellung will Starke meineswegen aus Geistigkeit noch Barbiträgen angenommen haben, wenn die Kasse bereits geschlossen war oder wenn der Einzahler seine Zeit hatte, auf Erledigung zu warten. Er will auch von Halbsangstellten anderer Dienststellen Gelder angenommen haben, die von ihm wußten, daß er in der Stadtgirofassade lädt war. Diese Beträge behielt St. für sich. Damit die Einzahler die Kasse nicht bemerkten, brachte er die betreffenden Beträge auch auf deren Konto zur Rücksicht, indem er andererseits die jeweiligen Bogen vom Konto „Finanzamtsverwahrung“ abbuchte. Gerade auf diesem Konto würden ständig sehr viele Buchungen vorgenommen, eine Abstimmung ist nicht gut möglich und es falle gar nicht auf, wenn dieses Konto hin und wieder einmal andeutet mit belastet werde. Beinahe der Beträgerin selbst gab St. an, er habe bei der Stadtgirofassade wie jeder Beamte selbst ein Konto gehabt und auf dieses Beträge aufgeschrieben, die er vorher ebenfalls dem Konto „Finanzamtsverwahrung“ abgeschoben habe. Weiter brachte St. von diesem Konto noch Beträge ab, die er dem Konto der Vereinigung ehemaliger Angehöriger Inf.-Regt. 242 zuführte, um die Gelder dann auch dort abzuhaben. Damit letzteres möglich war, schmuggelte Starke seinen Namen in das bei der Stadtgirofassade liegende Verzeichnis ein, in dem nur der Vorstand und Komptierer als verfügbare Personen vermerkt waren. Starke selbst gehörte der Vereinigung als Mitglied mit an. Damit diese Beträgerin nicht aufgedeckt wurden, überwies St. die vom Konto „Finanzamtsverwahrung“ abgebuchten Beträge erst anderen Konten, buchte dort auch wieder ab, bis er sie schließlich dem eigenen oder dem Konto der ehemaligen 242er quittierte. Auf Vorhalt gab Starke zu, daß er selbst nicht in Not war, daß er aber für die Brau-

und für eigene Bedürfnisse größere Mittel benötigte. Er bat auf diese betrügerische Weise 1920/21 5000 Pl. erlangt.

Oberverwaltungsinspektor Richter gab als Zeuge darüber Auskunft, wie es möglich war, daß der Angeklagte derartige Unterschlagungen und Beträgerien begehen konnte. St. habe regelrechte Buchungsvorleistungen vorgenommen. Das Konto „Finanzamtsverwahrung“ sei das Sanktionskonto der drei Finanzämter, auf dem fortwährend große Umbuchungen erfolgten. Alle anderen Zeugen waren dann darüber gehört, in welcher Weise sie dem Angeklagten Beträge zur Einzahlung übergeben haben. Der Vertreter der Anklage Staatsanwalt Große forderte die Bejahung der Schuldfragen nach schwerer Unterschlagung im Amt und wegen Betrugs.

Nach dem Wahlprüfung der Geschworenen wurde St. im Sinne des Eröffnungsbeschlußes, aber unter Jubiläum windernder Umstände zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und dreijährigem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Die Untersuchungshaft kommt voll in Anrechnung.

Aus den amtlichen Bekanntmachungen.

— **Bebauungsplanänderung Wölkisch.** Für das Kammergelände an der Grenzstraße ist ein neuer Bebauungsplan entworfen worden, der vom 21. d. M. an vier Wochen lang zu Leidmanns Einsicht im Neuen Rathause (I. Obergeschoss, Zimmer 121) ausliegt. Einwendungen gegen ihn müßten zur Bemeldung des Verlustes des Widerspruchstreites binnen derselben Frist beim städtischen Bauamtsschreiber schriftlich oder mündlich angebracht werden.

Bereitskalender für heute.

Dresdner Tannhäuser, Probe 8 Uhr. Ber. o. Gesch. Dresden, Vortrag, 18 Uhr, alter Stadt-Soal, Bandhausstraße 7/9.

Vorschläge für den Mittwoch.

Erlösen mit Spez.

Bermischtes.

** Der Luftpostverkehr Berlin-Prag. Die „Prager Presse“ meldet: Die Verhandlungen der tschecho-slowakischen und der deutschen Regierung zur Schaffung eines regelmäßigen Luftpostverkehrs auf der Strecke Prag-Berlin werden im März dieses Jahres fortgesetzt und der Vertrag voraussichtlich gegen Ende des nächsten Monats unterzeichnet werden. Zwei Monate nach Abschluß des Vertrags müssen von beiden Vertragsparteien die Gesellschaften genannt werden, die den Verkehr bewerkstelligen sollen. Für die Tschecho-Slowakei wird der Verkehr an die Tschecho-Slowakische Luftverkehrsgesellschaft vergeben werden, welche die von der heimischen Luftfahrtgesellschaft Aero erbaute Flugzeug verwenden wird. Das Ergebnis des Probefluges, eines Aero-Flugzeuges, das am Dienstag über Prag flog, war in jeder Beziehung außerordentlich.

** Die Auswüche des Winterverkehrs wurden fürlich in der Stadtverordneten-Versammlung in Döbeln am 1. M. besprochen. Stadtverordneter Wenzel schilderte die trüben Erfahrungen, die ein Döbelner Verein in Krummhübel erlebt. Der Preisverkehr von Krummhübelnern und Schleibern sei schuld daran, daß auch in Döbeln so hohe Preise gelten. Der lebige Fremdenverkehr könnte nicht so weiter gehen. Daß die Auswüche der gesuchten Verkehrsleitung die Ansicht der ganzen Versammlung waren, bewiesen die lebhafte Zustimmung und der Beifall. In der späteren Ausprache bemerkte noch der Stadtverordnete Wenzel, daß auch viele Ausländer in Krummhübel den Preis gemöcht hat. Wenn in anderen Gebietsteilen die Auswüche wie in Krummhübel eingeschritten ist, können die Einheimischen überhaupt nicht mehr ins Gebirge gehen, wenigstens dort nicht einfahren. Der Massenverkehr von Krummhübelnern und Schleibern sei schuld daran, daß auch in Döbeln so hohe Preise gelten. Der lebige Fremdenverkehr könnte nicht so weiter gehen. Daß die Auswüche der gesuchten Verkehrsleitung die Ansicht der ganzen Versammlung waren, bewiesen die lebhafte Zustimmung und der Beifall. In der späteren Ausprache bemerkte noch der Stadtverordnete Wenzel, daß auch viele Ausländer in Krummhübel den Preis gemöcht hat. Wenn in anderen Gebietsteilen die Auswüche wie in Krummhübel eingeschritten ist, können die Einheimischen überhaupt nicht mehr ins Gebirge gehen, wenigstens dort nicht einfahren. Der Massenverkehr von Krummhübelnern und Schleibern sei schuld daran, daß auch in Döbeln so hohe Preise gelten. Der lebige Fremdenverkehr könnte nicht so weiter gehen. Daß die Auswüche der gesuchten Verkehrsleitung die Ansicht der ganzen Versammlung waren, bewiesen die lebhafte Zustimmung und der Beifall. In der späteren Ausprache bemerkte noch der Stadtverordnete Wenzel, daß auch viele Ausländer in Krummhübel den Preis gemöcht hat. Wenn in anderen Gebietsteilen die Auswüche wie in Krummhübel eingeschritten ist, können die Einheimischen überhaupt nicht mehr ins Gebirge gehen, wenigstens dort nicht einfahren. Der Massenverkehr von Krummhübelnern und Schleibern sei schuld daran, daß auch in Döbeln so hohe Preise gelten. Der lebige Fremdenverkehr könnte nicht so weiter gehen. Daß die Auswüche der gesuchten Verkehrsleitung die Ansicht der ganzen Versammlung waren, bewiesen die lebhafte Zustimmung und der Beifall. In der späteren Ausprache bemerkte noch der Stadtverordnete Wenzel, daß auch viele Ausländer in Krummhübel den Preis gemöcht hat. Wenn in anderen Gebietsteilen die Auswüche wie in Krummhübel eingeschritten ist, können

Turnen — Sport.

Berliner Schlagze-Rennen.

Kaufmann und Spencer aufgetreten.

Namen wie Kaufmann und Spencer waren die eigentliche Augenmerke des 3. Berliner Schlagze-Rennens. Spencer gab jedoch zu Anfang des dritten Tages auf und Kaufmann folgte bald darauf diesem Beispiel. A. Quitsche und Vogt bildeten mit einer Stunde Vorsprung eine neue Rennschaft. Der zweite Tag endete mit 1488,140 Kilometer. Die 7. Wertung um 10 Uhr abends sah Spencer und Vorsprung je gewinnt, aber er einmal leicht. Einzurichtende Prämienzüge folgten darauf, dazu botte Vogt noch 20. und gleich darauf noch einmal denselben Betrag. Spencer gewann 3000 M., Vorsprung 10.000 M., aber auch Appelbaum, Stellbrink, Saldow, Gertzen, Quitsche, Vogt und Walther gingen nicht leer aus. Die 8. Wertung um 2 Uhr nachts sah Vorsprung gewinnt, Spencer, Saldow und Schröder je einmal negativ. Nach Räumung der Halle um 7 Uhr morgens verlangsamte sich das Tempo zusehends. Auf dem Innenstreifen der Bahn wurden durchschnittlich 10 Kilometer pro Stunde zurückgelegt. Die 9. Wertung am Morgen nachmittag 4 Uhr stand im Neidern vor Überlegende der Mannschaften von Prof.-M. Quitsche und Saldow—Vogt, Saldow und von Prof. gewannen je zweimal, M. Quitsche einmal. Nach der 10. Stunde waren 1698,100 Kilometer zurückgelegt. Der genaue Stand um diese Zeit war folgender: Saldow—Vogt 110 Punkte, Vorsprung—Aberger 96 Punkte, von Prof.—M. Quitsche 64 Punkte, Stellbrink—Appelbaum 17 Punkte, Saldow—Lieg 18 Punkte, Schröder—Pfeifer 10 Punkte; eine Stunde zurück: A. Quitsche—Vogt 10 Punkte, Schröder—Vogt 12 Punkte, Jenichen—Wagnleben 11 Punkte, 4 Stunden zurück: Walther—Viemann 4 Punkte.

Vorbläuden-Schlagze-Rennen. Der 3. M. B. V. Wettbewerb am 20. Februar fand am Sonnabend, den 4. März d. J. seine 10-stündige Dauer in 5 Abschnitte geteilt und mit ausdrücklichem Antrag im dortigen Central-Gebäude ein großes Jubiläums-Schlagze-Rennen im Nachtschein genommen. Nachdem an diesem Rette festgesetzt vollkommen auf der Höhe stehende Mannschaften, wie auch das geliebte Trompeterteufels vom Artillerie-Regiment Nr. 4 unter Leitung des Obermaßmeisters Gude zur Ausführung der Aktionen gewonnen werden sind, vertrieb die Veranstaltung in beiden Hälfte eines erstaunlichen Abends. Ein Preis ist daher nur empfohlen.

Der 3. M. B. V. Wandertag 1903 wird am 8. März d. J. in der Deutschen Reichsbank am 27. Februar für befreit beobachtet. Anlass wird dieser Ereignis durch zahlreiche Parades, welche von Damen und Herren des Vereins vorgetragen werden, mit anschließendem feierlichem Festzug. Der Rattenlauf wird unter Regen und Wind bei allen Mitgliedern zu haben. — Durch die im letzten Monat erfolgten zahlreichen neuen und das halbe Jahr bereits wieder überwunden. Der Verein hat seine Versammlungen aller 14 Tage stattgefunden, und zwar am Freitagabend "Alten's Blaue", Montagabend 10. Rückkehr, Samstag, 1. März.

Rasensport.

Sportgelehrte 1893. Morgen, Sonnabend, von 8 Uhr

bis 12 Uhr Mittwoch, insbesondere für die Velodrom-Meisterschaften. Nach dem Waldlauf erste Übung der Velostudenten bei Schwedt, Ede Marlen-Allee. Beginn 157 Uhr. Gute beruhigend willkommen. Der Radball-Meisterschaftskampf Leipzig gegen Dresden findet kommenden Sonntag in Leipzig auf dem Sportplatz statt. Die Mannschaft der Dresdner dürfte ein wesentlich neues Gesicht bekommen, wenn der Prost von Guts-Mutz nach das letzte Spiel noch Kling auferkauft würde. Im Annahmefalle müsste das letzte Spiel gegen Cottbus am kommenden Sonntag ausgetragen werden. Für die Südmannschaft würden dann Drehsel und Klaubel von Aufschaltung und Reichmann und Henne von Guts-Mutz erwartet werden.

Der Frühjahrsverbandstag des Verbandes Mitteldeutsche Polizeispolizei, der heimlich infolge des Eisenbahnerstreiks verschoben werden musste, findet kommenden Sonnabend und Sonntag im Palast statt. Das Lazarettoslof bleibt die Bahnhofswallstraße. „Kurs la Tour“. Der Beginn der Tagung ist auf 7 Uhr abends festgestellt worden. Von 8 Uhr ab beginnt die Prüfung der Vertriebsmächen. Der letzte Tag ist freigesetzt. Der Südmuth wird sehr zahlreich vertreten sein, zumal er mit verschiedenen Anträgen die Eingangsbefestigungen wird.

Handball. Zu dem gemeldeten 8. Ergebnis 1902 I. Herren-Mannschaft gegen Dresden Jugendmannschaft teilt und Turnierverein von 1867 mit, dass keine 1. Herren-Handballmannschaft dieses Spiel nicht ausgetragen hat.

Leichtathletik.

Eine nationale Werbe-Sportart, verbunden mit einem armen Fußballdreifiel, veranlasst am zweiten Pfingstsonntag (15. Juni) den Trossdorfer Sportklub in seinem Sportpark im Ostragehege. Stockball- und Fußballdreiecke vervollständigen das großartig angelegte Sportgelände.

Automobil-Sport.

Arbeitsgemeinschaft. Nur einheitlichen Regelung des Automobil-Sportes in Deutschland am 18. Februar d. J. die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen dem unter Führung des Automobilclubs von Deutschland, dem Karlsruher Automobilclub, dem Allgemeinen Deutschen Automobilclub und dem Verein Deutscher Motorfahrzeuge und Industrieller erfolgt. Der Arbeitsausschuss der Arbeitsgemeinschaft besteht aus 15 Mitgliedern. Jede der genannten Vereinigungen entsendet in demselben alljährlich 5 Mitglieder. Für das Jahr 1902 erfolgten durch den Arbeitsausschuss folgende Wahl: Vorsteher des Arbeitsausschusses: Graf v. Armin-Muska (Kartell der Deutschen Automobilclubs); Vertretender Vorsteher des Arbeitsausschusses: Dr. Kugler (Dresden) (A. D. A.); Schriftführer des Arbeitsausschusses: Dr. Spiegel (Berlin) (Direktor des A. D. A.); Vorsteher der Sportkommission: L. Bruckmayer (Wandsbek); A. D. A.; Schriftführer der Sportkommission: G. C. Grün-Wieden (Karlsruhe); Vorsteher des Ob.-Schiedsgerichtes: Reich-Kommissarientrat Bürgstein (Karlsruhe).

Die Meisterschaftsliste des Arbeitsausschusses und der Sportkommission befindet sich vorläufig in Berlin 33, 9. Velvitzer Platz Nr. 16. Die Geschäftsführung wurde zunächst Herrn v. Giers übertragen. Für das Jahr 1903 wurde von dem Arbeitsausschuss grundsätzlich eine Anzahl automobilpolitischer Veranstaltungen genehmigt, deren Termine endgültig in einer Ende März dieses Jahres stattfindenden Sitzung des Arbeitsausschusses bestimmt werden sollen.

Vereinskalender

Amtliche Mitteilungen des Gaues Ost Sachsen im D. M. B. V.

Neue Termine. 1. Klasse: 26. Februar: Spiel 1008 I. gegen Reichenberg, 1. Spiel 1020 W-Gimnastik 1. gegen Dresden, 1. Spiel 1026 W-Meilen 1. gegen Radebeuler B. & C. 1. 12. März: Spiel 1012 Pirna 1. gegen Radebeuler B. & C. 1. 13. März: Spiel 1019 04-Meilen 1. gegen Sportbörse 1. Spiel 1022 Dresden 1. gegen Radebeuler B. & C. 1. (Trachenberger Straße) — 26. März: Spiel 1028 Sportbörse 1. gegen 1008 1. (Siedlungsstadt). Spiel 1029 Pirna 1. gegen Dresden 1. — 2. April: Spiel 1032 Radebeuler B. & C. 1. gegen Dresden 1. — 14. April: Spiel 1032 Radebeuler B. & C. 1. gegen Dresden 1. — 16. April: Spiel 1042 Siedlungsstadt 1. gegen Sachsen 1. — 18. April: Spiel 1047 Freiberg 1. gegen 04-Dreilaß 1. — 19. März: Spiel 1048 Freiberg 1. gegen Sachsen 1. — 19. März: Spiel 1049 Sachsen 1. gegen Pirna 1. — 1. April: Spiel 1050 Sturm 1. gegen G. M. Weissen 1. gegen 04-Dreilaß 1. — 19. März: Spiel 1053 G. M. Weissen 1. gegen S. A. Kreis 1. Spiel 1054 Sturm 1. gegen D. B. R. 1. (Schleife). 1899. — 19. März: Spiel 1056 S. A. Kreis 1. gegen D. B. R. 1. Spiel 1057 Radeberg 1. gegen Sturm 1. (Schleife). B. T. B. 1. Sämtliche Spiele beginnen nachmittags 8 Uhr und bleiben die in der Terminliste angegebenen Schiedsrichter bestehen, wo keine besonderen Zeiten angegeben sind.

Spielsergebnisse: Nr. 1075 vom 26. 2. auf 12. 3. nachm. 8 Uhr. Nr. 1076 vom 8. 3. auf 12. 3. nachm. 8 Uhr. Nr. 1077 vom 12. 3. auf 28. 4. nachm. 8 Uhr. Nr. 1078 vom 26. 3. auf 14. 5. nachm. 11 Uhr. Nr. 1079 vom 26. 3. auf 2. 4. nachm. 1 Uhr. Nr. 1080 vom 16. 4. auf 28. 4. nachm. 11 Uhr. Nr. 1081 vom 26. 3. auf 2. 4. nachm. 1 Uhr. Nr. 1082 vom 16. 4. auf 28. 4. nachm. 11 Uhr. Nr. 1083 vom 26. 3. auf 2. 4. nachm. 1 Uhr. Nr. 1084 wird auf 11 Uhr erlegt. Nr. 1085 vom 26. 3. auf 2. 4. nachm. 1 Uhr. Nr. 1086 vom 16. 4. auf 28. 4. nachm. 11 Uhr. Nr. 1087 vom 26. 3. auf 2. 4. nachm. 1 Uhr verlegt. Nr. 1088 vom 16. 4. auf 28. 4. nachm. 11 Uhr.

Hunger. Panger.

Stellenmarkt

Scholar

für mein 100 Jahre großes Gut bei Familienanstand.

M. Horst,
Postf. bei Oberholz 1. S. zu
zuverlässigen

Oberschweizer
zu 75 Jahre Arbeit sucht
am 1. April

Stadtamt Greiz
bei Göbeln.

Freischweizer

mit deutschnationaler Gewinnung
mit schönen Uniform. Off. mit
Zugangsabzeichen und Gedächtnis-
abzeichen in
Hartmann.

Auftragsarbeiterin. Steinitz,
Dresden, C. G.

Sucht für 1. April oder früher einen
mann zum Arbeit aus
der Landwirtschaft aus

Scholar

auf 100 Jahre großes Gut bei
Familienanstand. Geh. nach
Leistungszettel. Angestellt zu
suchen am

R. Haberland,
Unterholz, Zöblitz b. Leipzig.

Siehe vertraulich erhaben
und bestanden

Motorflugführer

mit deutschnationaler Gewinnung
mit schönen Uniform. Geh. nach
Leistungszettel. Angestellt zu
suchen am

Gesellschafter

zu mittleres Landgut 1. Pferde.

A. Schumann,
Schleife b. Göbeln.

Siehe ich sofort über später einen

Wirtschafts-Behilfen,

Schörberg, Blankenstein

Nr. 34, bei Mehl.

Galvanoplastiker-Lehrling,

sieh nach einer Familie, mit guten Qualitäten, helfen ab Ofters

ein Schönwolf & Plieninger, Grüne Straße 18. 20.

Dauerstellung.

Kontoristin

mit doppelter Nachsicht vertraut. Sie Verhältnisse geachtet.

Dauerstellung, freie Wohnung und Statuten. Gehaltsanträgen und

Referenzen erbeten. Anschl. unter B. 887 an die Gsp. d. Bl. erh.

Bedeutendes Zittauer Industrie-

Unternehmen

sieht ihr sofort aber bald gebildete junge Dame im gültigsten

Vertrauensstellung.

Die alte Wohlbauherbin, die an leibhabendes Geblieb gehabt

ist, mich bestens. Geh. Anträge unter F. B. 5152 an die

"Zittauer Morgen-Zeitung" in Zittau.

Ätzliche Verkäuferin

für Baumwaren und Leinen an Dresdener Geschäft per

Telegraph gesucht. Anschl. und Zeugnisschriften erbeten unter W. U. 700 an die Gsp. b. Bl.

Hier Kinderlosen Haushalt habe ich bei jedem Sohn als

Kröchin

gutes, besseres Mädchen über einfache Seile, die auf hohen und platten kann und einen Teil Haussachen übernimmt. Stubenmädchen und Magd vorbehoben.

Grau-Häle Wariner, Dresden-L. Bergstr. 16.

Fornar. 41555.

Gut mein 10-jähriges Kind habe ich zum sozialen Anlass ein

zuverlässiges Kinderfräulein,

eine gute Familie, aber eine

geprüfte Kindergartenin.

Offerten erbeten an Frau Marg. Möller, Chemnitz,

Gemeindeamt 15.

1. Küchenstütze oder Mamsell per 15. März.

1. Stütze aus gewirtem Holz (Gummiholz) per 1. März.

1. Hausmädchen per 1. 3. mit nur 1. Sohn, oder Referenzen

Herr Hause Konzerthaus Goldene Weintraube,

Stieberberg-Dresden.

Wegen Erkrankung des leibhabenden Mädchens suche ab

1. April oder früher für kinderlosen herrschaftlichen Haushalt in angemessen Dauerstellung.

älteres, erfahrenes Stubenmädchen.

Vorstellungen sonntags bis 11 Uhr, nachmittags ab 6 Uhr.

Bei Frau Schiebeler Herrmann, Chemnitzer Straße 23, 1.

Hausmädchen,

zucker und Obst und guter Be-

pflegung für 1. März gesucht. Frau Margarete

Willie, Bärnberger Straße 20, II. Telefon 4157.

Aussichtskräfle

(weibliche),

welche schon in anderen Betrieben einen ähnlichen Posten bekleidet haben und über gute Zeugnisse und Referenzen verfügen, werden sofort von einer Fabrik Nähe Dresdens eingestellt.

Salonantinnen oder solche, die in technischen oder chemischen Betrieben schon gearbeitet haben, werden bevorzugt. Angehobene Beschäftigung bei gutem Gehalt.

Angebote unter N. 927 erbeten an die Expedition dieses Blattes.

Stütze,

hindern, für Haushalt sofort gejucht.

Angenehme, zuverlässige Tochter,

Haushalt, Frau Ästhetik Foto, Ober-Schönweide b. Berlin

Stadtteil 14. Vom 20.

Stütze, für 1. April

sucht baldigst

ein laubiges, eßbares Mädchen

unter 21. S. als

Stütze, für 1. April

sucht baldigst

ein

